
F Ü N F J A H R E
N A C H D E M
E R D G I P F E L

Wie zukunftsfähig ist Deutschland?

**Entwurf eines alternativen
Indikatorensystems**

**Werkstattbericht des AK Indikatoren
des Forums Umwelt & Entwicklung**

Herausgeber:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Telephon: 0228-35 97 04

Fax: 0228-35 90 96

E-mail: forumue@compuserve.com

Verantwortlich: Jürgen Maier

Erstellt im Auftrag von und in Zusammenarbeit mit dem AK Indikatoren des Forums Umwelt & Entwicklung von Kerstin Deller und Joachim Spangenberg, Wuppertal Institut, Abteilung Stoffströme und Strukturwandel, Projektbereich *Sustainable Societies* (unter Mitarbeit von Meike Spitzner, Wuppertal Institut, Abteilung Verkehr, Projektbereich Feministische Verkehrswissenschaft).

Redaktion: Jens Martens, Annette Bus

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMU wieder.

Titel: Stefan Schober, Bonn

Herstellung: Knotenpunkt GmbH, Buch

Bonn 1997

Vorwort	4
Einleitung	6
1. Zieldefinition	10
1.1 Die Kategorien einer zukunftsfähigen Entwicklung	10
1.2 Konkretisierung von Zukunftsfähigkeit	12
1.2.1 Das Oberziel: Zukunftsfähige/dauerhafte Entwicklung	12
1.2.2 Was heißt Zukunftsfähigkeit... ..	15
1.2.3 Die Beziehungen zwischen den vier Zielen	17
2. Schlüsselindikatoren für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands	20
2.1 Was sollen und was können Indikatoren?	20
2.2 Auswahlkriterien für das Indikatorenset des Forums Umwelt & Entwicklung	21
2.3 Die Idealversion	21
2.4 Die Realversion	23
2.4.1 Begrenzungen und Einschränkungen bei der Indikatorenentwicklung	23
3. Die Werkstattversion	25
3.1 Soziales	26
3.2 Ökologie	29
3.3 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie	29
3.4 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Sozialem	32
3.5 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem	34
3.6 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie, Sozialem und Institutionen	37
4. Abschließende Bewertung	39
Anhang	40
Literatur	47
Das Forum Umwelt & Entwicklung	50
Publikationen	52

Vorwort

„Jetzt wird wieder in die Hände gespuckt, wir steigern das Bruttosozialprodukt“, so hieß es in den 50er Jahren, und gestiegen ist das Bruttosozialprodukt in der Tat seitdem ganz gewaltig. Doch was heißt das? Entgegen dem allgemein verbreiteten Glauben hat das Bruttosozialprodukt weder etwas mit der Steigerung des allgemeinen Wohlstands oder gar Wohlbefindens zu tun, noch ist seine weitere Steigerung ein Mittel zur Lösung der drängenden Zukunftsprobleme.

Das BSP ist eigentlich nichts weiter als ein Indikator für das Ausmaß der monetär erfaßten Wirtschaftstätigkeit eines Landes. Wird sie ausgeweitet, muß dies noch lange nicht gut sein. Wenn beispielsweise immer mehr Menschen zum Arzt müssen, steigt das BSP. Nimmt die Zahl der Verkehrsunfälle zu, steigt es auch. Steigen die Scheidungsraten, steigen auch die Ausgaben für Anwälte, getrennte Haushalte und Babysitter und somit das BSP. Steigendes BSP heißt also noch lange nicht steigenden Wohlstand. Eine Nation, die sich und ihre Umwelt zur Profitmaximierung vergiftet und nachher mit hohem Aufwand wieder zu sanieren versucht, hat mit diesen ziemlich irrationalen Tätigkeiten ein viel höheres BSP erzielt als eine andere Nation, die diese Fehler von vornherein vermeidet.

Die Bruttosozialproduktrechnung, nach der immer noch der Wohlstand der Nationen berechnet wird, wird dabei immer irrationaler und gefährlicher: Während die Ressourcen geplündert werden und die Natur verfällt, suggerieren die gängigen wirtschaftlichen Indikatoren, daß es uns gut geht und weiteres Wachstum möglich ist. Und so ori-

entiert sich weiterhin alles an der BSP-Steigerung. Die Wirtschaftswachstumsraten, an deren Steigerung alle politischen Kräfte eifrig arbeiten, sind nichts anderes als die Steigerung des BSP. Schafft das Wachstum keine neuen Arbeitsplätze, dann war es eben zu wenig Wachstum - es muß mehr werden. Die Infragestellung dieser BSP-Steigerungsideologie ist in der Realität nach wie vor Ketzerei - auch 25 Jahre nach Erscheinen des bahnbrechenden Reports des Club of Rome über „Die Grenzen des Wachstums“.

Wie wenig die Wirtschaftspolitik folglich von der Einsicht in längerfristige Notwendigkeiten beeinflusst wird, beschreibt die Bundesregierung so: *„Wirtschaftliches Handeln ist weltweit auf die gleichen Ziele ausgerichtet: Wachstum und Wohlstandsmehrung. Ein erheblicher Teil dieses Wohlstands und des wirtschaftlichen Wachstums wird auf Kosten der Umwelt und der künftigen Generationen erzielt, weil Umweltressourcen ohne angemessene Gegenleistungen in Anspruch genommen werden“*¹.

Immerhin bemüht sich inzwischen selbst die Weltbank um angemessenere Maßstäbe und stellte 1995 eine Studie vor, in der für die Berechnung des Wohlstandes einer Nation natürliche Ressourcen, Humankapital und „produziertes Vermögen“ stärker als konjunkturelle Daten betont werden. Eine Nation, die ihre Rohstoffe exportiert und die Erlöse konsumiert, statt sie zu investieren, wird dementsprechend realistischer

¹ Stellungnahme der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1993 des Wissenschaftlichen Beirats der Bundesregierung „Globale Umweltveränderungen“, Bundestagsdrucksache 12/7144, 24.3.1994, S.VIII

bewertet als in der BSP-Rechnung, in der sie als sehr reich erscheint. Deutschland erscheint in dieser Rechnung auf der globalen Wohlstandsskala nur auf Platz 15.

Die Commission on Sustainable Development der Vereinten Nationen, das Koordinationsgremium für den Rio-Prozeß, hat nunmehr ein dreijähriges Projekt angestoßen, mit dem „Indikatoren für Nachhaltige Entwicklung“ identifiziert werden sollen. Deutschland hat sich als eines der Pilotländer zur Verfügung gestellt, an der Erarbeitung eines solchen Indikatorensets mitzuarbeiten. Im Forum Umwelt & Entwicklung hat sich ein Arbeitskreis gebildet, mit dem die beteiligten NRO diesen Prozeß aktiv

begleiten wollen. Die vorliegende Studie ist ein erster Diskussionsbeitrag, der ausdrücklich zur Weiterentwicklung einladen soll. Soll die heutige nicht-nachhaltige Wachstumsökonomie durch eine Entwicklung hin zur Nachhaltigkeit abgelöst werden, müssen auch die ökonomischen Indikatoren nachhaltig werden. Auch das ist ein Prozeß, der nicht von heute auf morgen abgeschlossen werden kann.

Jürgen Maier
Leiter der Projektstelle Umwelt und Entwicklung

Einleitung

Fünf Jahre nach Rio: Ein neues Leitbild - und jetzt?

Seit der Konferenz der Vereinten Nationen zu Umwelt und Entwicklung (UNCED) 1992 in Rio de Janeiro sind fünf Jahre vergangen. Die zentrale Frage des Erdgipfels war: Wie lassen sich die Ziele von Bedürfnisbefriedigung und Wohlstand für alle erreichen, ohne unsere natürlichen Lebensgrundlagen zu gefährden? „Für alle“ meint in diesem Fall: in Afrika, Amerika, Asien, Australien und Europa, für die Menschen in den Städten und auf dem Land, für Kinder, Frauen und Männer, kurz: für die ganze Menschheit. Es ging um nichts weniger als um ein neues Leitbild für die Welt: eines, das Entwicklung nicht nur als wirtschaftliches Wachstum versteht, sondern die ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Dimensionen verschiedener Entwicklungen erfaßt und zu integrieren versucht - Sustainability² oder Zukunftsfähigkeit. Die in Rio verabschiedeten Dokumente, vor allem die Rio-Deklaration und die Agenda 21, sind ein umfassender Entwurf des Leitbildes zukunftsfähiger Entwicklung.

Im Juni 1997, fünf Jahre später, findet eine Sondergeneralversammlung der Vereinten Nationen zum Stand der Umsetzung der Beschlüsse von Rio statt.

²Der Begriff *Sustainability* wird mit Zukunftsfähigkeit, Dauerhaftigkeit oder Nachhaltigkeit übersetzt und will Muster zukunftsfähigen Verhaltens und Wirtschaftens zu entwickeln, ohne daß dafür ein Verzicht an Wohlfahrt in Kauf genommen werden muß. Wir verwenden in diesem Bericht die Übersetzung Zukunftsfähigkeit. Weltweit bekannt wurde der Begriff *Sustainable Development*, als 1987 die UN-Kommission für Umwelt und Entwicklung, nach ihrer Vorsitzenden auch Brundtland-Kommission genannt, ihren Bericht *Our Common Future* vorlegte. Er enthielt eine zentrale, neue Botschaft: Entwicklung und Umweltschutz, Wachstum und Nachhaltigkeit sind vereinbar.

Um die Umsetzung der UNCED-Beschlüsse in Deutschland aus NRO-Sicht zu bewerten, veranstaltet das Forum Umwelt & Entwicklung am 9. und 10. Juni 1997 ein Symposium unter dem Titel „Fünf Jahre nach dem Erdgipfel“.

Wie aber soll „Zukunftsfähigkeit“, das zentrale Konzept des UNCED-Prozesses, überprüft werden? Bereits die Definition von zukunftsfähiger Entwicklung bereitet Schwierigkeiten. Die am weitesten anerkannte Definition legt Mindestanforderungen fest: Der Brundtland-Bericht beschreibt zukunftsfähige Entwicklung als „Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können“ (Brundtland nach Hauff: 46). Die Agenda 21 braucht für eine Konkretisierung des Konzepts und für Umsetzungsvorschläge 40 Kapitel mit jeweils mehreren Unterpunkten.

War Entwicklung früher ein Fortschreiten auf dem von den Industrieländern angelegten Pfad des Wachstums des Bruttosozialprodukts, so ist das Leitbild der zukunftsfähigen Entwicklung schwer auf den Punkt zu bringen, da es Ernst macht mit der gar nicht so trivialen Erkenntnis, daß die Welt komplex ist. Wie auch der menschliche Körper oder ein Ökosystem sind Gesellschaft und Natur nicht in einem festen Zustand, noch entwickeln sie sich in eine einzig mögliche Richtung. Sie sind vielmehr ein Zusammenspiel aus unendlich vielen verschiedenen Faktoren, zwischen denen Gleichgewichte entstehen und vergehen. Entwicklungen können viele verschiedene Formen annehmen.

Wie also soll eine Annäherung an dieses schillernde Etwas „Zukunftsfähige Entwicklung“ überprüft werden und auch

Menschen vermittelbar sein, die sich nicht hauptberuflich mit der Analyse von UN-Dokumenten beschäftigen? Ein Versuch, den Brückenschlag zwischen Komplexität und Vermittelbarkeit zu schaffen, sind Indikatoren. Was aber sind Indikatoren?

Indikatoren: Anzeiger für Zukunftsfähigkeit

„Allgemein gesagt ist ein Indikator nichts anderes als eine Meßgröße, die Informationen über ein bestimmtes Phänomen gibt“ (BUND/MISEREOR 1996: 38). Eingänglicher formuliert Hartmut Bossel (1997), was Indikatoren sind:

„Indikatoren sind unsere Verbindung zur Welt.“ Einige Beispiele für Indikatoren: Lächeln = Freundlichkeit; grauer Himmel = möglicher Regen; hohe Körpertemperatur = Krankheit; steigende Arbeitslosigkeit = soziale Unruhen. Indikatoren sind leicht verständliche Informationen, die uns Aufschluß über komplexe Zusammenhänge geben. Viele dieser Indikatoren erfassen wir intuitiv, ohne uns überhaupt über die Rolle, die sie in unserer Entscheidungsfindung spielen, Gedanken zu machen: Wir lächeln zurück und ordnen die Person in unsere inneren Schubladen als „nett“ ein. Andere, wie das Bruttosozialprodukt, wurden bewußt entwickelt - im Fall des Bruttosozialprodukts allerdings als Indikator für ökonomische Aktivität, nicht für Wohlstand, wie er später oft fehlinterpretiert wurde.

Um die bewußte Entwicklung von Indikatoren als Anzeiger für Zukunftsfähigkeit geht es in diesem Bericht: Die zunehmend erkannte Komplexität und Vernetztheit gesellschaftlicher und ökologischer Prozesse und die daraus resultierende Unübersichtlichkeit überfordern unsere wissenschaftlichen und politischen Erfassungssysteme. Vor diesem Hintergrund sollen Indikatoren eine systematische Komplexitätsreduktion leisten und ein vereinfachtes Abbild der Wirklichkeit darstellen. Darüber hinaus

sollen sie Aussagen darüber ermöglichen, in welcher Beziehung der Ist-Zustand zum Soll-Zustand steht, im Fall des Rio-Nachfolgeprozesses also Aussagen darüber ermöglichen, ob wir uns dem Ziel der Zukunftsfähigkeit annähern. Kurz: es müssen Indikatoren oder Anzeiger her, die Auskunft darüber geben können, ob unsere Gesellschaften sozial und ökologisch zukunftsfähig sind - ein wachsendes Bruttosozialprodukt genügt nicht mehr als Kenngröße für die gewünschte Entwicklung.

Der Indikatorenkatalog der CSD

Die zur Zeit wichtigste Institution auf dem Gebiet der Indikatorenentwicklung für Zukunftsfähigkeit ist die UN-Kommission für nachhaltige Entwicklung (CSD). Die CSD - ein nach der Rio-Konferenz geschaffenes Gremium, das die Umsetzung der Agenda 21 vorantreiben soll - hat einen Katalog von 130 Indikatoren entworfen (UN 1996), auf dessen Grundlage einige Pilotländer - darunter die Bundesrepublik - Erfahrungsberichte über die Eignung des vorgeschlagenen Indikatorensatzes verfassen. Die Verbesserungsvorschläge der rund 20 Pilotländer aus allen Kontinenten sollen genutzt werden, um bis 1999 ein anwendungsgerechtes, international verbindliches Berichtssystem zur Zukunftsfähigkeit zu entwickeln. (vgl. Anhang 1: Der Indikatorenkatalog der CSD). Wir begrüßen diese Initiative der UN, ein umfassendes, international harmonisiertes Indikatorensystem zu entwickeln, ausdrücklich.

Der Entwurf des Forums Umwelt & Entwicklung

Zum Prozeß der Indikatorenentwicklung möchte das Forum Umwelt & Entwicklung beitragen, indem es die Berichterstattung der Regierung kritisch begleitet und konstruktive Impulse in die Debatte einbringt. Daher entwickelt der AK Indikatoren des Forums ein Set von Zielen und Schlüsselindikatoren für die

Zukunftsfähigkeit Deutschlands als Alternativ- und Ergänzungsvorschlag zum Indikatorenset der CSD. Die gesamte Indikatorendiskussion soll und kann im Rahmen dieses Papiers nicht aufgerollt werden.

Die Kritik des Forums Umwelt & Entwicklung am Indikatorenkatalog der UN (vgl. Anhang 1) - und damit am darauf beruhenden Bericht der Bundesregierung - konzentriert sich auf zwei Punkte:

- Die CSD leistet für die von ihr vorgeschlagenen Indikatoren keine Zieldefinition. Indikatoren machen aber nur dann Sinn, wenn sie einen Zielbezug haben: Sie sollen etwas über die Entfernung zum Ziel aussagen (*distance to target*). Bei der Entwicklung von Indikatoren für Zukunftsfähigkeit muß daher nachvollziehbar sein, was das Ziel Zukunftsfähigkeit im Hinblick auf die einzelnen Indikatoren bedeutet. In diesem Bericht werden daher aus dem Oberziel Zukunftsfähige Entwicklung spezifische Unterziele abgeleitet.
- Für die Politikgestaltung und ihre administrative Umsetzung müssen detaillierte Indikatorensysteme entwickelt werden. Um komplexe Sachverhalte vermittelbar darzustellen und eine programmatische Diskussion führen zu können, sind 134 Indikatoren jedoch zu viele. Das Indikatorenset der CSD sollte daher um einige leicht erfassbare und vermittelbare Schlüsselindikatoren ergänzt werden, die die Zusammenhänge zwischen ökonomischen, ökologischen, sozialen und institutionellen Kategorien betonen.

Zu den Grenzen dieses Berichts

Bereits an dieser Stelle muß auf die Grenzen hingewiesen werden, denen die Entwicklung unseres alternativen Sets von Schlüsselindikatoren unterliegt:

Politisch neue und heikle Themen können auch in der statistischen Methodenentwicklung und Datenerhebung heikel sein. Dies kann die sachgerechte Abbildung interessierender Sachverhalte bis hin zur Unmöglichkeit erschweren. Dem Forum Umwelt & Entwicklung als einer vorwiegend von Ehrenamtlichen getragenen Institution fehlen trotz der Unterstützung von BMU, und BMZ die Mittel und Kapazitäten, um eigenständige Datenerhebungen durchzuführen, bzw. Datenbestände zu disaggregieren und nach Fragestellung modifiziert zu aggregieren. Hinzu kommt, selbst bei inhaltlich nicht strittigen Themen, eine mangelnde Kohärenz der verfügbaren Daten, ihre Lückenhaftigkeit und mangelnde Normierung. Mut zur Lücke war also die erste Voraussetzung für den AK Indikatoren des Forums bei der Entwicklung dieses Berichts. Deshalb sei ausdrücklich auf den vorläufigen Charakter dieses Berichts hingewiesen. Wir haben versucht, dieser Situation durch, eine „Idealversion“, eine „Realversion“ und eine „Werkstattversion“ eines alternativen Sets von Schlüsselindikatoren Rechnung zu tragen.

Es handelt sich um den ersten Versuch im deutschen Sprachraum, ein integriertes und mit Zielen versehenes System von Indikatoren für Zukunftsfähigkeit zu entwerfen, das den Transparenzansprüchen der gesellschaftlichen Debatte gerecht wird und das zahlreichen Gruppen der Zivilgesellschaft Mitwirkungsmöglichkeiten bei seiner Weiterentwicklung bietet. Wir haben uns dieser Herausforderung gestellt, im Bewußtsein der unvermeidlichen Schwächen, die solch ein erster Versuch immer aufweist. Wir hoffen, damit den Grundstein für eine fundierte Debatte gelegt zu haben, an deren Ende ein empirisch gesichertes, fachlich begründetes und politisch breit getragenes System von Schlüsselindikatoren für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands steht.

Zum Aufbau dieses Berichts**■ Zieldefinition**

Aus der Definition von Zukunftsfähigkeit nach Brundtland leiten wir je ein ökonomisches, ökologisches und institutionelles Ziel ab, die wir auch zueinander in Beziehung setzen.

■ Idealversion der Schlüsselindikatoren

Anhand der Zieldefinition entwickeln wir eine Idealversion eines Sets von Schlüsselindikatoren für Zukunftsfähigkeit.

■ Werkstattversion der Schlüsselindikatoren

Aufgrund der Beschränkungen, denen die Erstellung dieses Berichts unterlag, und aufgrund der (noch) mangelnden Datenverfügbarkeit in vielen Berichten entwickeln wir aus der Idealversion eine vorläufige Werkstattversion eines Sets von Schlüsselindikatoren.

■ Ergebnisse

Anhand der Werkstattversion skizzieren wir die Zukunftsfähigkeit Deutschlands.

1. Zieldefinition

1.1 Die Kategorien einer zukunftsfähigen Entwicklung

Schon im Brundtland-Bericht wurde die gleichwertige Bedeutung von ökologischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aspekten von Zukunftsfähigkeit betont. In der Regel wird

Zukunftsfähigkeit und Entwicklung als Wechselspiel zwischen diesen drei Kategorien aufgefaßt (vgl. etwa den Zwischenbericht der *Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt 1997* als aktuellstes Beispiel).

Abb.: Dreieck der Zukunftsfähigkeit

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

In der anschließenden Diskussion um Zukunftsfähigkeit wurde die Wichtigkeit von gesellschaftlichen Entscheidungsmechanismen und kulturellen Faktoren erkannt. Daraus entstand die Kategorie „Institutionen“, also Entscheidungsmechanismen und Strukturen zur Umsetzung von Entscheidungen. Ziele, Instrumente und Indikatoren werden, wie auch im Indikatorenkatalog der CSD, in der Regel in diese vier Kategorien -

ökologisch, ökonomisch, sozial, institutionell - eingeteilt.

Sie sind eine Folge der analytischen Vorgehensweise und aus dem Bestreben erwachsen, verschiedene Aspekte der Wirklichkeit getrennt zu beschreiben. Jede der Kategorien verfügt über ein bestimmtes Vokabular, eine bestimmte Theorie und Methode um die Wirklichkeit zu erfassen, sie verständlich, erklär-

bar und meßbar zu machen. Grundsätzlich wäre auch eine Aufteilung in andere Kategorien möglich, etwa lediglich in ökologisch und sozial/gesellschaftlich. Der wirtschaftliche und der institutionelle Bereich können als mit anderen gleichwertige Bereiche gesellschaftlicher Interaktion aufgefaßt werden, während „ökologisch“ als Bereich der Interaktion der Menschen mit der Natur aufgefaßt wird.

Indikatoren haben - falls sie ihren Namen verdienen - jedoch nicht nur analytische, sondern vor allem synoptische Qualitäten: sie sollen gerade den Informationsgewinn durch Zusammenfassung ermöglichen. Was tun, um einerseits verständlich zu bleiben,

andererseits aber die Zusammenhänge zu betonen? Im Interesse der Verständlichkeit werden wir an den vier Analysekatoren festhalten, jedoch starken Wert auf die Verbindungen zwischen den Kategorien legen.

Wir möchten dies durch die bildliche Darstellung der vier Zielkategorien für Zukunftsfähigkeit und ihrer Zusammenhänge in einem Tetraeder veranschaulichen. Die Kategorie „Institutionen“ hat unserer Meinung nach einen etwas anderen Charakter als die traditionellen Kategorien Ökonomie, Ökologie und Soziales - über die entschieden wird - , weshalb uns die Darstellung in Form eines Tetraeders sinnvoller erscheint als in Form eines Quadrats.

Abb.: Tetraeder der Zukunftsfähigkeit: Ziele 1

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

Im nächsten Kapitel werden wir aus dem Oberziel Zukunftsfähigkeit (nach Brundtland) für die ökologische, ökonomische, soziale und institutionelle Kategorie, aber auch für die Verbindungen zwischen ihnen, Unterziele ableiten.

1.2 Konkretisierung von Zukunftsfähigkeit

1.2.1 Das Oberziel: Zukunftsfähige/dauerhafte Entwicklung

Das zentrale Konzept der Bedürfnisbefriedigung, auf dem die Definition zukunftsfähiger Entwicklung des Brundtland-Berichts beruht, setzt sich aus zwei wesentlichen Elementen zusammen: Wohlstands und die Verteilung dieses Wohlstands.

***„Dauerhafte Entwicklung ist Entwicklung, die die Bedürfnisse der Gegenwart befriedigt, ohne zu riskieren, daß künftige Generationen ihre Bedürfnisse nicht befriedigen können.“
(Brundtland nach Hauff :46)***

Wohlstand wird in der Diskussion um Zukunftsfähigkeit im Sinne von Lebensqualität aus seiner Beschränkung auf materiellen Wohlstand oder auf monetarisierbaren Wohlstand (wie etwa im BSP) herausgelöst und auf materiellen und immateriellen, monetarisierbaren und nicht monetarisierbaren Wohlstand bezogen. Zu einer zukunftsfähigen Entwicklung gehören nicht nur die Befriedigung der physischen Bedürfnisse der Menschen, sondern auch die Befriedigung ihrer psychischen, sozialen und kulturellen Bedürfnisse. Dabei ist die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse eine wesentliche Bedingung für Wohlstand, jedoch folgt daraus nicht zwingend, daß mehr materieller Besitz

mehr Lebensqualität bedeutet. Ob sich materieller Wohlstand durch immateriellen Wohlstand ersetzen läßt, hängt sowohl mit dem erreichten materiellen Wohlstandsniveau zusammen als auch mit der Einstellung einer Kultur zu materiellem Wohlstand: Sind die materiellen Grundbedürfnisse eines Menschen nicht befriedigt, wird er selten bereit sein, ein Mehr an materiellem Wohlstand gegen ein Mehr an immateriellem Wohlstand einzutauschen. Es ist jedoch durchaus vorstellbar, daß es einen subjektiven, individuell und kulturell bedingten Sättigungspunkt für materiellen Wohlstand gibt, einen Punkt, an dem mehr Besitz nicht mehr Lebensqualität bedeutet. Ab welchem Niveau von materiellem Wohlstand dieser Punkt auftritt, hängt wesentlich mit der Werterhaltung einer Gesellschaft und ihrer Individuen zusammen.

Diese Definition von Wohlstand und Entwicklung ermöglicht das Aufbrechen der Beschränkung des Begriffs „Entwicklung“ auf das westlich-abendländische Fortschrittsmodell, das dem Ideal des materiellen Fortschritts sehr stark verhaftet ist. Eigenständige Formen kultureller Entwicklung etwa, die sich auch in der Loslösung vom Streben nach individuellem Besitz ausdrücken können, können von dem traditionellen Konzept von Entwicklung nicht erfaßt werden. Auch immaterielle Bedürfnisbefriedigung wie Fürsorge, unbezahlte Versorgungsarbeit, Stabilität von Gemeinwesen, etc. ist nicht in ihm enthalten (vgl. etwa Hinterberger/Seifert 1994, Sachs 1994, Spitzner/Beik 1996).

Das zweite wesentliche Element im Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung ist das der Verteilung. Der Brundtland-Bericht spricht ausdrücklich die intergenerationale Verteilung an, also die Verteilung zwischen den Generationen. In der Konsequenz der Forderung nach Bedürfnisbefriedigung steht jedoch auch die Forderung nach einer Verteilung des

zur Verfügung stehenden Wohlstands innerhalb der heutigen Generation: Aus der Höhe des globalen Bruttosozialprodukts läßt sich nicht ableiten, ob die Grundbedürfnisse von fünf Milliarden Menschen befriedigt werden. Um eine Aussage über Bedürfnisbefriedigung treffen zu können, muß auch erfaßt werden, wie der Wohlstand verteilt ist: zwischen Süd und Nord, zwischen Armen und Reichen, zwischen Frauen und Männern, zwischen Jungen und Alten.

Sichtbarmachen von Ungerechtigkeiten

Von besonderer Bedeutung in einem nationalen Indikatorenbericht sind unseres Erachtens die Aspekte der Verteilung zwischen Süden und Norden (oder Entwicklungsländern und Industrieländern) und der geschlechterspezifischen Verteilung. Gerade diese beiden Aspekte sind in nationalen Statistiken und Berichten in der Regel unsichtbar. Sie sind jedoch wesentlich für die Beurteilung von Zukunftsfähigkeit. Wir werden sie daher in die Struktur unseres Indikatorensets einarbeiten, anstatt einen Süd-Nord-Indikator und einen geschlechterspezifischen Indikator zu entwickeln.

Internationale Gerechtigkeit

Wir versuchen in den Indikatoren für internationale Gerechtigkeit an den konkreten Problembezügen ein für Zukunftsfähigkeit wesentliches, jedoch abstrakt schwer faßbares Problem sichtbar zu machen: die bestehende Ungleichheit der Lebensmöglichkeiten und der Chancen der Bevölkerungsmehrheiten in den zuerst industrialisierten Ländern und einer Reihe von Schwellenländern einerseits und in vielen Entwicklungsländern andererseits. Diese Chancenungleichheit verhindert Zukunftsfähigkeit und muß darum dringend verändert werden. Dabei geht es uns ausdrücklich nicht nur um die Frage: „Was tut Deutschland für 'den

Süden' oder 'die Entwicklungsländer'“? Vielmehr steht hinter jeder Zielbeziehung und jedem Indikator die Frage: „Welche Auswirkungen hat das, was Deutschland tut, auf internationaler Ebene, aber auch für die Ausländer in Deutschland?“ Unser Ziel sollte dabei nicht in erster Linie sein, mehr zu geben, sondern weniger zu nehmen.

Bei der Frage der internationalen Gerechtigkeit stellt sich das Problem des adäquaten Vokabulars und der (Des-) Aggregation von Daten: Das Begriffspaar Süd-Nord oder Entwicklungsländer/Industrieländer beschreibt nur unzulänglich eine fundamentale Dimension zukunftsreicher Entwicklung. Die Welt ist weder in Süd und Nord noch in Entwicklungsländer und Industrieländer aufteilbar, gerade vor dem Hintergrund der Infragestellung des Entwicklungsbegriffs. Dennoch ist es wichtig, den Aspekt internationaler Chancenungleichheit zu beleuchten, der entlang verschiedener Konfliktlinien verläuft: Ehemalige Kolonialmächte und kolonialisierte Weltgegenden, Rohstoffkonsumenten und -lieferanten, reiche und arme Länder, mächtige und ohnmächtige Länder, aber auch „Dritte Welt in der Ersten“ und „Erste Welt in der Dritten“. In Ermangelung eines besseren Begriffs greifen wir in der Regel auf das Begriffspaar „Süd-Nord“ zurück, das im Gegensatz zu „Entwicklungsländer - Industrieländer“ zumindest von der Wortwahl her bewertungsneutral ist.

Geschlechtergerechtigkeit

Weltweit gilt, daß Entscheidungen nach wie vor auch dann vorwiegend von Männern getroffen werden, wenn diese Entscheidungen Frauen genauso betreffen wie Männer, oder sogar stärker. Bedingt durch die traditionelle Arbeits- und Rollenverteilung tragen Frauen oft sogar den Großteil der Belastungen. Ein paar Beispiele zur Verdeutlichung: Im sozialen Bereich

sind es meist Frauen, die sich um die Versorgung von Familie und Freunden, vor allem von Kindern und Alten kümmern. Im wirtschaftlichen Bereich leisten Frauen den Großteil der unbezahlten und der schlecht bezahlten Arbeit. Im Umweltbereich sind meist Frauen zuständig für Mülltrennung, gesunde Ernährung, umweltverträgliche Waschmittel etc. Auch in diesem Fall verhindert Ungleichheit in den Lebensmöglichkeiten und der Chancen zu eigenständiger Existenzsicherung von Frauen Zukunftsfähigkeit und muß damit dringend verändert werden (vgl. Aktionsplattform von Peking der 4. Weltfrauenkonferenz, insbes. § 248 und § 251 in: BMFSFJ 1996). Auch hier ist unsere Frage nicht nur „Was tun die professionellen Akteure in Politik, Ver-

waltung und Wirtschaft für die Gleichstellung von Frauen?“, sondern „Welche Auswirkungen haben bestehende Strukturen auf die Chancengleichheit von Frauen?“

Wir können in diesem Bericht weder die entwicklungspolitische noch die feministische Debatte vollständig darstellen. Wir bemühen uns aber, auf die für uns wichtigen Aspekte hinzuweisen und sind uns der Unvollständigkeiten bewußt. Auch hier sind wir für Reaktionen und Korrekturen dankbar.

Die folgende Grafik verdeutlicht, welche Aspekte bei der Beantwortung der Frage nach einer zukunftsfähigen Entwicklung beachtet werden müssen.

Abb.: Das Ziel - Zukunftsfähige Entwicklung

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

1.2.2 Was heißt Zukunftsfähigkeit für...

...das ökologische Ziel?

„Bewahrung der Umwelt“

Das ökologische Ziel „Bewahrung der Umwelt“ ergibt sich aus der Forderung nach der Möglichkeit der Bedürfnisbefriedigung für künftige Generationen. Die physische Umwelt muß daher als Basis jeglicher menschlichen Existenz grundsätzlich bewahrt werden. Umwelt wird also nach ihrer Bedeutung für den Menschen „bewertet“, wobei dies jedoch weit gefaßt wird und auch einen umfassenden Schutz der heute nicht oder nicht direkt genutzten Natur einschließt. Dies entspricht einer anthropozentrischen Sichtweise, da wir davon ausgehen, daß eine „Bewertung/Wertschätzung“ der Natur lediglich durch den Menschen stattfindet und stattfinden kann. Selbst wenn davon ausgegangen wird, daß Natur einen Eigenwert besitzt (intrinsischer Wert), so muß dieser Eigenwert doch von Menschen anerkannt werden, um in gesellschaftlichen Entscheidungsprozessen eine Rolle zu spielen.

...das ökonomische Ziel?

„Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Menschen“

Die Problematik der Aufteilung der Wirklichkeit in Kategorien besteht unter anderem in einer sauberen Definition derselben und in ihrer klaren Abgrenzung voneinander. Insbesondere die Abgrenzung der ökonomischen von der sozialen Sphäre ist problematisch. Im traditionellen Verständnis von Ökonomie wird nur der Teil von Produktion und Konsum erfaßt, der auf Märkten gehandelt wird. Diese Abgrenzung der ökonomischen von der sozialen Sphäre wird von uns nicht übernommen, da sie im Hinblick auf die Zieldefinition von Nachhaltigkeit nicht sinnvoll ist. Die Unzulänglichkeit des traditionellen Verständnisses von Wirtschaft läßt sich gut am Bruttosozialprodukt (BSP) illustrieren: während ein Autounfall und die medizinischen Leistungen, Reparaturen und Neuanschaffungen in seinem Gefolge eine Erhöhung des BSP bewirken, wird unter anderem der gesamte Bereich der Hausarbeit von Frauen und Männern nicht erfaßt.

„The gross national product includes air pollution and advertising for cigarettes, and ambulances to clear our highways of carnage. It counts special locks for our doors, and jails for people who break them. The gross national product includes the destruction of the redwoods and the death of Lake Superior. It grows with the production of napalm and missiles with nuclear warheads...

And if the gross national product includes all this, there is much that it does not comprehend. It does not allow for the health of our families, the quality of their education, or the joy of their play. It is indifferent to the decency of our factories and the safety of streets alike. It does not include the beauty of our poetry or the strength of our marriages, the intelligence of our public debate or the integrity of our public officials.

The gross national product measures neither our wit nor our courage, neither our wisdom nor our learning, neither our compassion nor our devotion to our country. It measures everything, in short, except that which makes life worthwhile.“

Robert F. Kennedy

Schwächen des BSP sind unter anderem:

- Im BSP werden informelle ökonomische Aktivitäten, also unbezahlte Tätigkeiten, insbesondere Haushaltsarbeit und politisch-soziale Tätigkeiten nicht erfaßt.
- Im BSP werden Marktpreise aller formellen Tätigkeiten addiert - gleichgültig ob diese positive oder negative Wirkungen auf die Lebensqualität haben (z.B. Autounfall).
- Das BSP erfaßt keine Verteilungsaspekte.
- Im BSP werden lediglich Stromgrößen erfaßt, die keine Auskunft über die Verfügbarkeit von Ressourcen geben.

Zur Messung von Wohlstand, wie er im Konzept der Nachhaltigkeit verstanden wird, eignet sich die Erfassung der monetarisierten Produktion also nicht. Zumindest in den reichsten Industriegesellschaften weisen empirische Untersuchungen sogar auf eine Tendenz zur Entkopplung von durch monetäre Größen erfaßbarem Reichtum und Wohlstand im weiteren, nachhaltigen Sinne hin. Verschiedene Strömungen der Wirtschaftswissenschaften arbeiten an Erweiterungen des traditionellen Konzepts der Wohlstandsmessung, bisher ist allerdings kein dem BSP vergleichbar anerkanntes Konzept an seine Stelle getreten. Da unser Bericht dies selbstverständlich ebenfalls nicht leisten kann, benutzen wir eine intuitiv erfaßbare und im Hinblick auf die Zielsetzung sinnvolle, wenn auch stark vereinfachende Abgrenzung:

Wirtschaft wird als Produktion von materiellem Wohlstand, verstanden als Verfügbarkeit von entlohnten und nicht entlohnten Dienstleistungen³, aufgefaßt. In dieser Auffassung von Wirtschaft sind sowohl formelle wie informelle, ent-

³Der Begriff umfaßt Dienstleistung und -erbringung.

lohnte wie nicht entlohnte Tätigkeiten im klassischen Verständnis von Wirtschaft enthalten. Wenn im folgenden die Begriffe materieller Wohlstand und Ökonomie benutzt werden, so sind sie in diesem Sinne zu verstehen.

Als ökonomisches Ziel fordern wir die Befriedigung der materiellen Bedürfnisse der Menschen.

...das soziale Ziel?

„Vertiefung des sozialen Zusammenhalts / Gerechtigkeit (Solidarität, Verteilungsgerechtigkeit, Erhalt und Stärkung des Gemeinsinns, Abbau sozialer Spannungen)“

Hinter der Forderung nach der Stärkung des sozialen Zusammenhalts steht die aus der Nachhaltigkeitsdefinition abgeleitete Forderung nach Gerechtigkeit im Sinne von Chancengleichheit. Diese setzt Solidarität mit anderen Menschen voraus, aber auch den Erhalt des Politischen im Sinne eines handlungsfähigen Gemeinwesens und den Abbau sozialer Spannungen, sowohl zwischen den verschiedenen Gruppen innerhalb einer Gesellschaft als auch zwischen Gesellschaften. Zur Solidarität mit anderen Menschen gehört auch, daß die Sorge für andere Menschen innerhalb einer Gesellschaft nicht ungerecht, z.B. nur auf ein Geschlecht, verteilt wird.

Wie oben ausgeführt, sind hier insbesondere die Aspekte der internationalen und der geschlechterspezifischen Gerechtigkeit von Bedeutung.

...das institutionelle Ziel?

„Erhöhung von Partizipation / Mitentscheidung“

Institutionen sind Entscheidungsmechanismen und Mechanismen zur Umsetzung von Entscheidungen. Sie können als Körperschaften wie etwa Ministerien existieren, als juristische Konstrukte wie Gesetze und Verordnungen, aber auch stark internalisiert sein, wie Werthaltungen.

gen und Präferenzen in einer Gesellschaft. Institutionen sind, ebenso wie das Wirtschaftsgeschehen, Teilbereiche des gesellschaftlichen Ganzen. Dennoch haben sie eine besondere Qualität, die es rechtfertigt, ein eigenständiges institutionelles Ziel für eine nachhaltige Entwicklung zu formulieren: In der Diskussion um Nachhaltigkeit entstand diese Kategorie aus dem Versuch, politische und kulturelle Aspekte von Entwicklung zu erfassen. Aussagen über Institutionen sind Aussagen über die Verteilung und Ausgestaltung von Macht und Einfluß in einer Gesellschaft sowie über ihre Konsens- und Konfliktfähigkeit.

Eine Bedingung für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft ist die Teilhabe der Bevölkerung an den sie betreffenden Entscheidungen. Im internationalen Sprachgebrauch wird diese Tatsache in der Forderung nach Partizipation (übersetzbar mit Teilhabe, Mitbestimmung oder Mitentscheidung) erfaßt. Partizipation kann in unterschiedlichen Formen stattfinden, durch Teilhabe an formellen Entscheidungsmechanismen wie der Teilnahme an Wahlen, durch Konsultationen etc., aber auch durch Teilhabe an informellen Entscheidungsmechanismen wie Runden Tische oder Mediationsverfahren. Die Forderung nach Partizipation ist die Forderung nach einer ausgewogenen Beteiligung unterschiedlicher Interessen- und Betroffenengruppen an der gesellschaftlichen Entscheidungsfindung. Dies betrifft insbesondere die Integration marginalisierter Bevölkerungsgruppen, deren Perspektive von professionellen Akteuren nicht eingebracht werden kann, in die Entscheidungsfindung.

Partizipation kann kein Ziel in sich selbst sein: Die Frage nach Teilhabe impliziert die Frage „Teilhabe an was?“ Daher ist das institutionelle Ziel Partizipation nur in Beziehung zu den anderen Zielen mit konkretem Inhalt zu füllen.

1.2.3 Die Beziehungen zwischen den vier Zielen

Ökologie und Ökonomie: Vorsorgendes Wirtschaften - Verringerung der Ressourcenströme

Die Forderungen nach materiellem Wohlstand und nach Bewahrung der natürlichen Umwelt begrenzen sich gegenseitig. Die Verabsolutierung der Forderung nach der Bewahrung der Umwelt würde den Verzicht auf jegliche ökonomische Aktivität implizieren. Andererseits verursacht das Streben nach unbegrenztem materiellem Wohlstand eine Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Dennoch sollte die Beziehung zwischen dem ökologischen und dem ökonomischen Ziel nicht als Zielkonflikt im Sinne eines Nullsummenspiels verstanden werden. Es ist theoretisch möglich, bereits erreichte Wohlstandsniveaus mit geringerem Input der knappen Ressourcen Material, Energie und Land zu erreichen, nämlich durch eine effizientere Nutzung dieser Ressourcen (Forderung nach Effizienz). Ob dies in den reichen Industrieländern wie Deutschland ausreicht, oder ob nicht sogar eine Selbstbeschränkung der reichen Nationen angebracht ist (Forderung nach Suffizienz), ist eine kontroverse Diskussion, die durch die Ungleichverteilung des materiellen Wohlstands auch innerhalb der reichen Nationen zusätzlich kompliziert wird. Während die Forderung nach technischer Effizienz in der BRD konsensfähig ist, ist die Forderung nach einer kulturellen Veränderung hin zu einem „weniger haben wollen“, zu einem Genug an materiellem Wohlstand stark umstritten. Wir gehen jedoch davon aus, daß lediglich eine technische Effizienzrevolution für eine Wandlung hin zu Zukunftsfähigkeit nicht ausreichend ist, sondern daß darüber hinaus kulturelle Veränderungen notwendig sind. Hierzu gehört die gesellschaftlich akzeptierte Vorstellung

eines „Genug“ ebenso wie das Bewußtsein, daß diese Forderung für diejenigen, die viel haben, eher gelten muß als für die, die wenig haben.

Ökonomie und Soziales: gerechte Verteilung des materiellen Wohlstands und der Anstrengungen zu seiner Erwirtschaftung

Aus dem ökonomischen Ziel „Befriedigung des materiellen Wohlstands“ und dem sozialen Ziel „Stärkung des gesellschaftlichen Zusammenhalts“ leitet sich die Forderung nach einer gerechten Verteilung des materiellen Wohlstands ab, also einer Verteilung, die im Sinne der Definition von Zukunftsfähigkeit nach Brundtland die Befriedigung der gegenwärtigen Bedürfnisse aller Menschen ermöglicht. Die soziale Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit bedingt jedoch auch die Forderung nach einer gerechten Verteilung der Anstrengungen für die Produktion materiellen Wohlstands, insbesondere zwischen den Geschlechtern und zwischen Süden und Norden - und zwar sowohl der entlohnenden Anstrengungen als auch der nicht entlohnenden.

Ökologie und Soziales: Zukunftsfähige Bewegungsfreiheit: gerechte Verteilung des Zugangs zu Umweltgütern und Befreiung vom Mobilitätszwang

Auch aus der Kombination des ökologischen Ziels „Bewahrung der Umwelt“ mit dem sozialen Ziel „sozialer Zusammenhalt“ leitet sich die Forderung nach einer gerechten Verteilung der ökologischen Lasten und des Nutzens ab. Dies heißt u.a., daß die Belastung durch Umwelteinflüsse nicht eine Frage des Einkommens und der sozialen Stellung sein darf - wie es heute in vielen Fällen zutrifft. So hat man in den USA festgestellt, daß in unmittelbarer Umgebung von Sondermülldeponien oder verseuchten ehema-

ligen Industrieländern überproportional mehr Menschen mit niedrigem Einkommen leben als im Landesdurchschnitt.

Gerechte ökologische Verteilung bedeutet auch die gerechte Verteilung des - durch die ökologische Forderung begrenzten - Zugangs zu Ressourcen. Mit der Formulierung der Forderung nach zukunftsfähiger Bewegungsfreiheit versuchen wir folgendes zu fassen: Einerseits muß der Zugang zu Umwelt gewährleistet und gerecht verteilt sowie die Bewegungsfreiheit gewährleistet sein - auch zur Pflege sozialer Beziehungen. Andererseits darf der Transport und die Mobilität, die hierzu notwendig sind, nicht so stark anwachsen, daß die Umwelt zerstört wird. Insbesondere muß vermieden werden, daß durch eine Umgestaltung der Infrastruktur auf den motorisierten Verkehr ein Motorisierungsdruck entsteht - die Tante Emma-Läden sterben, der nächste Supermarkt liegt außerhalb der Stadt -, der dazu führt, daß Menschen quasi gezwungen sind, sich ein Auto anzuschaffen.

Die institutionelle Dimension

Wie oben dargestellt, kann und soll für alle diese Ziele überprüft werden: Wer entscheidet über die Festlegung und die Umsetzung? Wir fordern die Mitbestimmung der unterschiedlichen gesellschaftlichen Interessen- und Betroffenenengruppen (z.B. NGOs, Verbände, lokale Gebietskörperschaften, Gewerkschaften, Frauen, Jugendliche) an der Entscheidungsfindung und -umsetzung. Dies darf jedoch nicht zu einem *participation overkill* in dem Sinne führen, daß zwar die Möglichkeiten zum Mitreden ausgeweitet werden (konsultative Prozesse), die Entscheidungen letztlich aber weiterhin in den alten Strukturen - sprich von den Regierungen - getroffen werden. Dies kann nur zu Vergeblichkeitserfahrungen führen, die dem eigentlichen Ziel zuwiderlaufen.

Partizipation heißt

- in Bezug auf das ökonomische Ziel: Mitentscheidung bei Produktion und Konsum
- in Bezug auf das ökologische Ziel: Mitentscheidung bei umweltrelevanten Planungsprozessen
- in Bezug auf das soziale Ziel: Entwicklung geeigneter Rahmenbedingungen sozialer Selbstorganisation (soziale Demokratie)

Abb.: Tetraeder der Zukunftsfähigkeit: Ziele 2

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

Mitentscheidung ist nicht nur in Bezug auf die ökonomischen, ökologischen und sozialen Ziele von Bedeutung, sondern gerade auch für die Beziehungen zwischen ihnen. Entsprechend lassen sich auch Ziele für die Flächen und das Innere des Tetraeders ableiten, was im Interesse der Integration der verschiedenen Kategorien auch sinnvoll ist. (Für

die Beziehung zwischen dem ökonomischen, dem ökologischen und dem institutionellen Ziel wäre dies etwa: Mitbestimmung bei Entscheidungen über Umweltnutzung und -management). Um den Komplexitätsgrad nicht noch mehr zu erhöhen, verzichten wir an dieser Stelle jedoch darauf, dies im Detail auszuführen.

2. Schlüsselindikatoren für die Zukunftsfähigkeit Deutschlands

2.1 Was sollen und was können Indikatoren?

Indikatoren dienen dazu,

- komplexe Sachverhalte vereinfacht darzustellen, um letztlich bei einer überschaubaren und kommunizierbaren, d.h. kleinen Zahl von Indikatoren zu enden;
- Zustände historisch und regional auf Ziele hin vergleichbar zu machen.

Zur Schaffung von Transparenz und Kommunizierbarkeit sowie zur Identifikation von geeigneten Steuerungsinstrumenten sind Indikatoren gesucht, die eine systematische Komplexitätsreduktion erlauben, dennoch aber über die ad hoc-Problemlösung hinaus richtungssichere Entscheidungen ermöglichen.

Ausgangspunkt der Erstellung von Indikatorensystemen ist - ausdrücklich oder implizit - die Definition eines Ziels, in dessen Richtung sich die Wirklichkeit verändern soll. Im Falle des BSP ist es das Wachstum der Wirtschaftskraft: Ein hohes BSP ist besser als ein niedriges. Die Zieldefinition ist - auch wenn sie mit Hilfe wissenschaftlicher Instrumente geschieht - letztlich eine normative Entscheidung, über die nicht notwendigerweise Konsens besteht. Eine große Schwierigkeit in der Diskussion um Indikatoren besteht darin, daß diese Zieldefinition nicht immer explizit erfolgt oder aber in der Diskussion nicht allen Beteiligten präsent ist.

Nicht rein wissenschaftlich begründbar ist außerdem die Auswahl bestimmter Indikatoren und die Verwerfung anderer. Schließlich geht es darum, durch

Indikatoren Entwicklungen zu charakterisieren, die eben als solche nicht mit vertretbarem Aufwand direkt gemessen werden können. Wer Indikatoren entwickelt, stellt sich daher die Frage: Welche Aspekte der Wirklichkeit werden als geeignet betrachtet, andere Aspekte mit zu erfassen? Mit dem Gewinn an Übersichtlichkeit, der durch Indikatoren geleistet werden soll, geht zwangsläufig auch Information verloren: Um zu vereinfachen, muß man Prioritäten setzen. Welche Prioritäten man setzt, hängt von praktischen, theoretischen und normativen Erwägungen ab. Auch diese werden bei der Erarbeitung von Indikatoren nicht immer explizit dargestellt. Dies ist insbesondere dann problematisch, wenn - wie die Indikatoren für Nachhaltigkeit - Indikatoren für Steuerungszwecke eingesetzt werden sollen. In diesem Fall ist es von Bedeutung, daß durch die Indikatoren nicht nur Zustände charakterisiert werden. Vielmehr sollen Nachhaltigkeitsindikatoren helfen, die zugrunde liegende Dynamik verständlich werden zu lassen, also sozio-ökonomische Ursachen für nachhaltige Entwicklung zu identifizieren - dies macht Aussagen über kausale Zusammenhänge notwendig.

Kurz: Indikatoren können nicht „wahr/richtig“ oder „falsch“ sein, wohl aber geeignet oder ungeeignet, um das zu charakterisieren, was man beschreiben möchte. Die Entwicklung von Indikatorensystemen ist nicht wertfrei. Normative Grundsatzentscheidungen müssen an mehreren Stellen im Entwicklungsprozeß getroffen und transparent gemacht werden. Sonst besteht die Gefahr, daß die Komplexität der

Realität durch die Komplexität der Methode ersetzt wird und die Indikatoren letztlich eher irreführend als hilfreich sind, da die potentiellen Benutzer der Indikatoren die Grundüberzeugung derjenigen, die die Indikatoren entwickelt haben, nicht teilen.

Dies ist der Grund für unsere ausführliche Zieldefinition und für die Einordnung unserer Indikatoren in diesem Zielegeflecht, dargestellt durch den Tetraeder der Zukunftsfähigkeit. Diese Darstellung entspringt aus dem Versuch, die - wie gesagt keineswegs triviale - Feststellung von der Komplexität der Welt mit der Forderung nach Vermittelbarkeit und Nachvollziehbarkeit zu verbinden. Sie ist nicht der Versuch, Wirklichkeit abzubilden. Eine ausführlichere Diskussion der Bewertungsproblematik bei der Indikatorenentwicklung findet sich in Anhang 2.

2.2 Auswahlkriterien für das Indikatorenset des Forums Umwelt & Entwicklung

Um die Auswahl der Indikatoren transparent zu gestalten, stellen wir hier unsere Auswahlkriterien vor. Der AK Indikatoren hat bei der Entwicklung seines Indikatorensets auf folgende Punkte besonders Wert gelegt:

■ Zieldefinition möglich?

Voraussetzung für die Erkennung relevanter Dynamiken ist die klare Bestimmung des Ziels Zukunftsfähigkeit und seiner verschiedenen Kategorien. Diese Zieldefinition ist normativ und muß politisch verhandelt werden. Teilweise wurde sie durch den UNCED-Prozeß geleistet, ist jedoch noch nicht abgeschlossen. Wir haben daher unser Verständnis von Zukunftsfähigkeit dargestellt und aus ihm Ziele für die verschiedenen Kategorien von Nachhaltigkeit (ökologische, ökonomische, soziale, institutionelle) abgeleitet.

An dieser Zieldefinition orientieren wir uns sowohl bei der Auswahl der Indikatoren als auch bei der Festlegung der Zielwerte / erwünschten Entwicklungsrichtung der Indikatoren.

■ Transparenz gewährleistet?

Angesichts des Konflikts zwischen Detailtreue und Kommunizierbarkeit soll einerseits die Unübersichtlichkeit des von der UN entwickelten Indikatorensystems vermieden werden, andererseits die Übervereinfachung der Realität, indem man sie in eine einzige Kenngröße zusammenfaßt. Mit der Auswahl der Schlüsselindikatoren will das Forum einen Mittelweg zwischen Exaktheit und Übersichtlichkeit gehen. Die gewählten Schlüsselindikatoren sollen weniger Zustände beschreiben, als vielmehr plakativ sozio-ökonomische Dynamiken charakterisieren.

■ Integration gelungen?

Bei der Entwicklung unseres Indikatorensets legen wir vor allem Wert auf die Beziehungen zwischen den oben dargestellten Kategorien von Zukunftsfähigkeit (*interlinkage indicators*).

■ Internationale Vergleichbarkeit grundsätzlich gegeben?

Internationale Vergleichbarkeit ist auch im Falle nationaler Nachhaltigkeitsindikatoren wünschenswert, da die Indikatorenssysteme zwar regionale und nationale Gegebenheiten erfassen, letztlich aber auch international harmonisierbar sein sollen.

2.3 Die Idealversion: Wie soll ein Set von Schlüsselindikatoren aussehen?

Aus diesen Anforderungen und unserer Zieldefinition für Zukunftsfähigkeit, dargestellt im Tetraeder der Zukunftsfähigkeit, läßt sich ein ideales Set von Schlüsselindikatoren für Zukunftsfähigkeit ableiten, das sowohl Ecken, Kanten,

Flächen wie das Innere des Tetraeders abdeckt. Das heißt, daß sowohl für alle Kategorien, in denen Zukunftsfähigkeit in der Regel analysiert wird (ökonomisch, ökologisch, sozial, institutionell), sowie für alle denkbaren Zusammenhänge zwischen ihnen ein Indikator entwickelt werden sollte, der

- politisch aussagekräftig, wissenschaftlich haltbar und konsensfähig ist,
- und der auf abgesicherten empirischen Daten und Zeitreihen beruht.

Die Daten für diese Indikatoren, die für einen nationalen Bericht für Gesamtdeutschland erhoben werden, sollten - soweit von der Thematik her möglich - in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit und internationale Gerechtigkeit interpretiert werden. Dies wäre dadurch

zu leisten, daß zu jedem der Indikatoren ein Unterindikator entwickelt wird, der Auskunft gibt über geschlechterspezifische und internationale Chancengleichheit. Die Integration dieser beiden Aspekte bereits in den Aufbau des Indikatorensets ist deshalb notwendig, weil gerade sie bei der Betrachtung nationaler Statistiken typischerweise unsichtbar bleiben.

Ob diese Idealversion jemals erreicht werden kann, darf bezweifelt werden. Dennoch scheint es uns wichtig, sie als „hehres Ziel“ im Hinterkopf zu behalten, wenn man in die Realität dessen was möglich - und unmöglich - ist, hinabsteigt.

Abb.: Tetraeder der Zukunftsfähigkeit: Schlüsselindikatoren - Idealversion

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

2.4 Die Realversion: Welche Schlüsselindikatoren können entwickelt werden?

Der folgende Tetraeder und der Überblick in Anhang 3 stellen

Schlüsselindikatoren dar, deren Entwicklung bis 1999 prinzipiell möglich wäre:

Abb.: Tetraeder der Zukunftsfähigkeit: Schlüsselindikatoren - Realversion

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

2.4.1 Begrenzungen und Einschränkungen bei der Indikatorenentwicklung

Mehrere Gründe haben dazu geführt, daß (bisher) auch diese Realversion eines Sets von Schlüsselindikatoren nicht vollständig entwickelt werden konnte. Neben den eingangs erwähnten Kapazitätsproblemen liegt das Hauptproblem in der Datenverfügbarkeit.

Die Nichtverfügbarkeit von Daten kann wissenschaftliche und technische Ursachen haben, aber auch politische:

Bestimmte Fragen werden nicht gestellt, da sie nicht in das herrschende Weltbild passen - entsprechende Daten werden nicht erhoben.

Folgende Schwierigkeiten treten bei der Datenerhebung auf:

- Für die benötigten Daten existieren keine verbindlichen Erhebungsverfahren oder aber Erhebungsverfahren, die nicht zweckmäßig sind.

Beispiel 1: Ein guter sozialer Indikator, der Auskunft über den sozialen Zusammenhalt einer Gesellschaft gibt, ist die Arbeitslosigkeit. In der offiziell ausgewiesenen Arbeitslosenquote ist jedoch ein Großteil der eigentlich Arbeits-

suchenden nicht erfaßt, etwa weil sie als StudentInnen eingeschrieben sind, unterbeschäftigt sind, o.ä. Zur Erfassung dieser verdeckten Arbeitslosigkeit in einer erweiterten Arbeitslosenquote gibt es verschiedene, konkurrierende Verfahren, die auf unterschiedliche Zahlenwerte kommen.

Beispiel 2: Viele Statistiken arbeiten noch mit der Unterscheidung von „Arbeit“ und „Freizeit“. „Arbeit“ heißt hier „Erwerbsarbeit“, also bezahlte Arbeit. Unter „Freizeit“ fallen bei dieser Aufteilung auch viele Tätigkeiten, die zwar nicht bezahlt werden, jedoch durchaus Arbeit sind. Im Fall der Verkehrsstatistik etwa finden sich Begleitverkehre, also Wege, die unternommen werden, um andere Menschen, meist Ältere oder Kinder zu begleiten, unter Freizeitverkehren (vgl. Spitzner 1996). Kurz: es liegen Daten vor, diese sind jedoch auf eine Art und Weise erhoben, die sie für uns nicht verwendbar erscheinen lassen.

- Es existieren zwar allgemein akzeptierte Erhebungsverfahren, es werden jedoch nicht alle erhobenen Daten in den Publikationen getrennt ausgewiesen.

Beispiel: Bei der Erfassung von Materialimporten nach Deutschland werden zwar die gesamten Importe ausgewiesen, diese werden jedoch nicht nochmals in Importe aus einzelnen Ländern oder aus Entwicklungsländern und Indu-

strieländern (seinerseits wieder eine problematische Abgrenzung) getrennt.

- Die Daten werden nicht erhoben oder existieren nur verstreut.

Beispiel: Als Indikator für die Mitbestimmungsmöglichkeiten verschiedener gesellschaftlicher Gruppen bei Entscheidungen über Umweltnutzung und -management (also das institutionell-ökologisch-ökonomische Ziel) wäre der Prozentsatz der Genehmigungsverfahren, bei denen Einspruchsmöglichkeiten für Bürger bestehen, geeignet. Diese Daten werden jedoch nicht gesammelt erfaßt.

- Die Daten liegen nicht als Zeitreihen oder sogar nur für ein einziges Jahr vor.

Um Veränderungen in den fünf Jahren seit dem Erdgipfel wirklich überprüfen zu können, sollten sinnvollerweise für jeden Indikator Zeitreihen erstellt werden, die mindestens von Anfang der 80er Jahre bis heute reichen. Solche Zeitreihen liegen jedoch in den seltensten Fällen vor. Für die Bundesrepublik ergibt sich die zusätzliche Schwierigkeit, daß die Zahlen für Gesamtdeutschland in der Regel erst ab 1991 erfaßt werden. In vielen Fällen liegen die Daten für 1996 und 1995 noch nicht vor.

3. Die Werkstattversion

Unsere „Werkstattversion“ des Schlüsselindikatorensatzes soll als ersten Schritt die Richtung aufzeigen, in die die Indikatorenendebatte unserer Meinung nach gehen sollte. Sie ist als Denk- anstoß und als erweiterungsfähiger Prototyp gedacht. Wir möchten an dieser Stelle nochmals ausdrücklich dazu einladen, für die Auswahl der Indikatoren und die Erhebungsverfahren der entsprechenden Daten Verbesserungsansätze zu entwickeln (s. auch Anhang 3).

Nochmals eine Bemerkung zum Stellenwert von Schlüsselindikatoren: Ein Set von Schlüsselindikatoren, wie es

von uns entworfen wird, ersetzt nicht differenzierte Indikatorenkataloge wie den der CSD, die für die Politikgestaltung notwendig sind. Schlüsselindikatoren dienen in erster Linie der - unseren Erachtens überfälligen - programmatischen Diskussion.

Bezüglich der Zeitreihen stellte sich u.a. das Problem der Verfügbarkeit von Daten für Gesamtdeutschland. Diese liegen in der Regel erst ab 1991 vor. Wir haben daher 1991 als Anfangsjahr und das jeweils aktuellste verfügbare Datum als Schlußjahr gewählt.

Abb.: Tetraeder der Zukunftsfähigkeit: Schlüsselindikatoren - Werkstattversion

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

3.1 Soziales

Ziel: Stärkung des sozialen Zusammenhalts, Chancengleichheit

Schlüsselindikator: erweiterte Arbeitslosenquote

Unterindikator für internationale Gerechtigkeit: erweiterte Arbeitslosenquote der Ausländer in Deutschland

Unterindikator für Geschlechtergerechtigkeit: gerechte Verteilung unbezahlter Versorgungsarbeit

Der Indikator

Ein gutes Maß für Solidarität, für Gerechtigkeit im Sinne von Chancengleichheit in Deutschland ist die Verteilung der bezahlten und der unbezahlten Arbeit. Dabei ist es allerdings wichtig, nicht nur diejenigen als Arbeitslose zu betrachten, die bei den Arbeitsämtern als solche geführt werden. Arbeitslos ist, wer eine Beschäftigung anstrebt, auch wenn er/ sie (noch) nicht offiziell als arbeitssuchend erfaßt ist. Es gibt verschiedene statistische Techniken, diese erweiterte Arbeitslosenquote zu erfassen, bei denen unterschiedliche Annahmen darüber getroffen werden, wer als arbeitssuchend gilt. Wir beziehen uns hier - unter Vorbehalt, siehe Indikator Geschlechtergerechtigkeit - auf den methodischen Ansatz der „stillen Reserve“, wie er vom IAB (Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung) verwendet wird.

Das Ziel

Ziel ist die Vollbeschäftigung aller, die einen Arbeitsplatz suchen. Allerdings muß dieses Ziel spezifiziert werden: Vollbeschäftigung im Hinblick auf Zukunftsfähigkeit kann nicht heißen, daß jeder und jede 38 Stunden oder mehr pro Woche arbeitet. Vollbeschäftigung im zukunftsfähigen Sinn bedeutet, daß jeder Mensch für den Teil seiner Zeit, den er für Erwerbstätigkeit zur Verfügung stellen möchte, einen Arbeitsplatz findet. Was den Teil der Zeit angeht, der nicht mit Erwerbsarbeit, sondern mit anderen Arbeitsformen ausgefüllt ist, so muß gewährleistet sein, daß die Menschen, die diese Arbeit leisten, ökonomisch abgesichert sind.

Diese Spezifizierung des Ziels der Vollbeschäftigung bedeutet selbstverständlich, daß die von uns im folgenden zitierten Zahlen nur bedingt aussagekräftig sind in Bezug auf das, was wir unter Zukunftsfähigkeit verstehen. In Ermangelung anderer Konzepte verwenden wir die Zahlen des IAB.

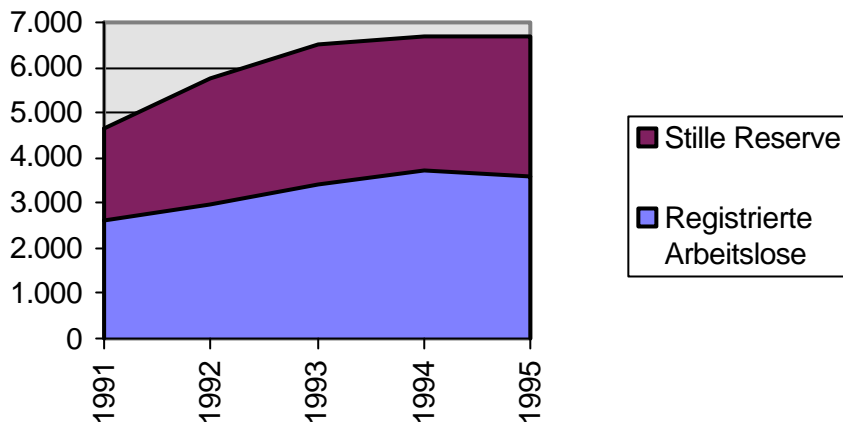
Diese Spezifizierung des Ziels der Vollbeschäftigung bedeutet selbstverständlich, daß die von uns im folgenden zitierten Zahlen nur bedingt aussagekräftig sind in Bezug auf das, was wir unter Zukunftsfähigkeit verstehen. In Ermangelung anderer Konzepte verwenden wir die Zahlen des IAB.

Erweiterte Arbeitslosigkeit in Deutschland (Angaben: Personen in 1000)

Erweiterte Arbeitslosenquote	1991	1992	1993	1994	1995
Registrierte Arbeitslose	2.602	2.978	3.419	3.698	3.612
Stille Reserve	2.050	2.769	3.104	2.993	3.088
Arbeitslose incl. stiller Reserve	4.652	5.747	6.523	6.691	6.700
Erwerbstätige	36.510	35.841	35.210	34.957	34.864
Erwerbspersonenpotential	41.162	41.588	41.733	41.648	41.564
Erweiterte Arbeitslosenquote in % (Arbeitslose insges./ Erwerbspersonenpotential)	11,30	13,82	15,63	16,07	16,12

Berechnungen des IAB

Quelle: Bach et al. 1996.



Ergebnis

Die obigen Tabellen geben einen Überblick über die vom IAB erhobenen Zahlen zur erweiterten Arbeitslosigkeit in Deutschland von 1991 bis 1995. Daraus geht hervor, daß zwischen 1991 und 1995 sowohl die Zahl der registrierten Arbeitslosen wie derjenigen, die eine Beschäftigung anstreben, aber nicht offiziell registriert sind, angestiegen ist. **Der aufgrund der vorliegenden Daten festzustellende Trend der steigenden Arbeitslosigkeit ist nicht zukunftsfähig.**

Indikator für internationale Gerechtigkeit

Die erweiterte Arbeitslosigkeit unter den in Deutschland lebenden Ausländern mit Aufenthaltsrecht (und damit Zutrittsrecht zum Arbeitsmarkt) ist stärker angestiegen als die erweiterte Arbeitslosigkeit unter deutschen Staatsbürgern. Allerdings ist fraglich, wie aussagekräftig diese Zahlen sind, da einerseits ein Teil der in Deutschland lebenden Ausländer (noch) nicht über das Aufenthaltsrecht verfügt, andererseits ein Teil der in Deutschland arbeitenden Ausländer nicht offiziell gemeldet ist. Hinzu kommt, daß der Begriff „Ausländer“ in verschiedenen Staaten unterschiedlich definiert wird: Da das deutsche Staatsbürgerrecht erst sehr viel später erlangt werden kann als etwa das französische, gelten in Deutschland sehr viel mehr Menschen als Ausländer, die in Staaten mit weniger restriktiver Gesetzgebung in diesem Bereich nicht mehr als solche gelten.

Der anhand der vorliegenden Daten festzustellende Trend deutet nicht auf eine zukunftsfähige Entwicklung hin.

Erweiterte Arbeitslosigkeit in Deutschland / Ausländer
Indikator für internationale Gerechtigkeit

Erweiterte Arbeitslosenquote / Ausländer	1991	1992	1993	1994	1995
Registrierte Arbeitslose	222	270	360	421	436
Stille Reserve	389	541	516	560	694
Arbeitslose incl. stiller Reserve	611	811	876	981	1130
Erwerbstätige	2.343	2.520	2.716	2.711	2.704
Erwerbspersonenpotential	2.954	3.331	3.592	3.692	3.834
Erweiterte Arbeitslosenquote in % (Arbeitslose insges./ Erwerbspersonenpotential)	20%	24%	24%	26%	29%

Quelle: Bach, et al. 1996.

Indikator für Geschlechtergerechtigkeit

Die Analyse der vorliegenden Arbeitsmarktdaten in Bezug auf Geschlechtergerechtigkeit gestaltet sich schwierig: Wie oben ausgeführt, kann insbesondere unter diesem Gesichtspunkt die oben verwendete Methode der „stillen Reserve“ kritisiert werden: In ihr werden auch Frauen und Männer erfaßt, die „gegenwärtig im Status 'privater Haushalt' verharren“

(Bach et al 1996). Bereits die Wortwahl deutet an, daß dieser Zustand als nicht wünschenswert betrachtet wird. Wäre aber eine Gesellschaft, in der alle Frauen und Männer 38 Stunden in der Woche und mehr erwerbstätig sind, zukunftsfähig? Offensichtlich nicht. Wir betrachten daher als Ergänzung und Berichtigung zu dem Indikator erweiterte Arbeitslosigkeit an dieser Stelle die Verteilung unbezahlter Versorgungsarbeit anhand der aufgewendeten Zeit:

Durchschnittl. tägliche Zeitverwendung von Personen nach ausgewählten Aktivitäten
 (in Stunden:Minuten)

	mit Kindern unter 16 Jahren			ohne Kinder		
	Männer	Frauen		Männer	Frauen	
	erwerbstätig	erwerbstätig	nicht erwerbstätig	erwerbstätig	erwerbstätig	nicht erwerbstätig
Erwerbstätigkeit	6:37	(4:23)	(0:12)	6:20	5:44	(0:24)
unbezahlte Arbeit	2:51	5:16	8:03	2:02	3:05	4:23

Quelle: BMFSJF 1996:187

Anhand dieser Zahlen wird deutlich, daß unbezahlte Arbeit nach wie vor in erster Linie Frauensache ist. Insbesondere der Anteil der Frauen an der Kinderbetreuung ist sehr viel höher, selbst bei berufstätigen Frauen. **In Bezug auf**

die Verteilung der unbezahlten Arbeit ist Deutschland nicht geschlechtergerecht und damit nicht zukunftsfähig.

3.2 Ökologie

Ziel: Erhalt der Umwelt

Schlüsselindikator: Erhalt natürlicher und naturnaher Ökosysteme

Möglicher Unterindikator für internationale Gerechtigkeit: Verstöße gegen das Washingtoner Artenschutzabkommen/Handel mit Tieren auf der roten Liste

Möglicher Unterindikator für Geschlechtergerechtigkeit: Ist die Integration des Zugangs zu naturnahen Ökosystemen in die Erwerbs- und Versorgungsarbeit möglich?

Der Indikator

Die Diskussion um Umweltindikatoren ist weit fortgeschritten, weshalb die Auswahl eines Schlüsselindikators nicht einfach ist. Aufschlußreich für die Bewahrung der Umwelt ist die Bedrohung der biologischen Vielfalt, also der in hier heimischen Tier- und Pflanzenarten. Über ihre methodische Erfassung besteht jedoch kein Konsens. Wir haben uns für den Indikator „Anteil an Vorbehaltsflächen für den Naturschutz in repräsentativer Auswahl“ entschieden, da er etwas über die Prioritätensetzung in unserer Gesellschaft für oder gegen den Umweltschutz aussagt.

Das Ziel

Als anzustrebenden Zielwert übernehmen wir die Forderung der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt & Entwicklung, 15 bis 20 Prozent der Landesfläche in einem bundesweiten Biotopsystem, verteilt auf alle Biotypen, unter Schutz zu stellen. Diese entspricht einerseits den Forderungen deutscher Naturschutzverbände (z.B. des NABU), andererseits berücksichtigt sie die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie der EU über einen Flächenverbund der Schutzgebiete.

Ergebnis

Wir können an dieser Stelle nur auf Schätzungen der AG Biologische Vielfalt des Forums Umwelt & Entwicklung zurückgreifen, da Naturschutz Ländersache ist und kein zentrales Naturschutzregister existiert. Hinzu kommt, daß sich die wissenschaftlichen Anforderungen an die Schutzflächen (vgl. Länderarbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung 1991) meist nicht mit den realen Schutzbestimmungen decken.

Nach den Schätzungen der AG Biologische Vielfalt liegt der Anteil von Vorbehaltsflächen für den Naturschutz an der Gesamtfläche der BRD seit der Wiedervereinigung bei relativ konstanten vier Prozent.

Selbst bei Abweichungen von +/- 50 Prozent und mehr von diesem Schätzwert läßt sich für den betrachteten Zeitraum also keine zukunfts-fähige Entwicklung konstatieren.

3.3 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Ökologie

Ziel: Vorsorgendes Wirtschaften - Verringerung der Ressourcenströme

Schlüsselindikator: Material-, Flächen- und Energieintensität des Wirtschaftens

Unterindikator für internationale Gerechtigkeit: Import von Ressourcen aus Entwicklungsländern

Der Indikator

Welcher Indikator kann Auskunft darüber geben, ob sich Deutschland in Richtung auf das Ziel „materieller Wohlstand mit möglichst geringer Umweltbelastung“ hin bewegt? Grundsätzlich gibt es zwei Möglichkeiten diese Frage zu behandeln: Man kann sich darauf konzentrieren, was wir für die Produktion von Gütern und Dienstleistungen aus der Umwelt entnehmen (Input-Seite), oder

darauf, was wir in die Umwelt entlassen (Output-Seite).

Traditionell wurde die Umweltproblematik eher von der Output-Seite her betrachtet: Wieviel Abfall wird produziert? Welche Schadstoffe werden in die Umwelt entlassen? Will man sich auf einen Indikator beschränken, ist es sinnvoller, den Input zu betrachten, also die Ressourcen, die aus der Umwelt für die Produktion und den Konsum entnommen werden. Dies ergibt sich aus der Anerkennung unseres „ökologischen Nichtwissens“: Die Zusammenhänge in der Natur und zwischen Natur und Ökonomie sind zu komplex, als daß wir alle potentiellen Folgen unseres Tuns erkennen könnten. Aus dem Vorsorgeprinzip der Umweltpolitik läßt sich daher die Forderung nach einer präventiven Politik ableiten, die Risiken minimiert. Die Betrachtung des Input eignet sich hierfür besser als die Betrachtung von Schadstoffen, die u.U. erst Jahrzehnte nach ihrer Emission als solche erkannt werden (wie etwa CO₂).

Mögliche Input-Indikatoren sind die Material-, die Energie- und die Flächenintensität von Konsum und Produktion. Wir haben die Materialintensität als den umfassendsten Indikator gewählt, da sie z.T. auch Energie- und Flächenverbrauch einbezieht: Die Materialintensität erfaßt das gesamte Material, das zur Produktion von Gütern und Dienstleistungen in der Bundesrepublik verwendet wird, d.h. alle genutzten, in Bewegung gesetzten Massen einschließlich Wasser, Luft und Boden. Das bedeutet, daß nicht nur das Material gezählt wird, das in den Produkten enthalten ist, sondern alles Material, das gebraucht wird, um das Produkt (Gut oder Dienstleistung) herzustellen.

Das Ziel

Da die derzeitigen Stoffströme, die Entnahme von Material aus der Umwelt, nach ersten Abschätzungen das ökologisch zulässige Maß um rund das Doppelte übersteigen, ergibt sich als Ziel die weltweite Halbierung der Stoffströme. Beachtet man zusätzlich den Grundsatz der internationalen Chancengleichheit, so ergeben sich für ein Industrieland wie die BRD, die einen überproportional hohen Anteil an Materialverbrauch hat, Reduzierungsnotwendigkeiten von 80 - 90 Prozent, also um den Faktor 10 (Vgl. Schmidt-Bleek 1994 und Spangenberg 1995). Derart ehrgeizige Ziele können ohne erhebliche Einbußen an Lebensqualität nur dann erfüllt werden, wenn hohe Recyclingquoten mit verringerten Durchflusssmengen (zum Beispiel durch Materialeinsparungen) und verlangsamten Durchflußgeschwindigkeiten durch die Wirtschaft (zum Beispiel durch langlebige und leicht reparierbare/modernisierbare Produkte) kombiniert werden, mit dem Ziel einer Verzehnfachung der Ressourcenproduktivität bis 2030/2050. Hinzukommen muß ein Wandel von Konsumgewohnheiten, wie Güterteilung und gemeinsame Nutzung (*sharing, pooling*) statt individuellem Besitz.

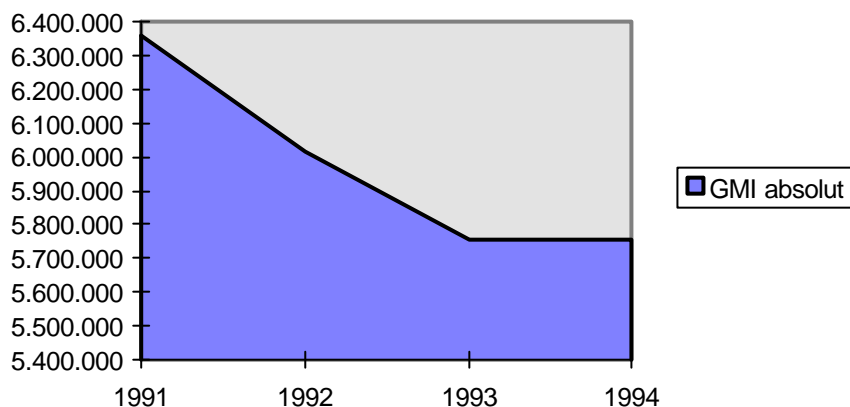
Eine Verringerung des Materialinputs bis zum Jahre 2050 bedeutet - bei der Annahme eines linearen Verlaufs der Reduktion - eine Verringerung des Materialinputs von 1,5 Prozent pro Jahr.

Totaler Materialinput (TMI) Deutschland (Angaben in Mio t)

	1991	1992	1993	1994
TMI absolut	6.360.468	6.015.314	5.753.941	5.753.984
Effizienzsteigerung (Verringerung des Materialinputs in %)		5,43%	4,35%	0,0%
kg/DM BIP	2,4	2,22	2,15	2,09
Effizienzsteigerung (Verringerung des Materialinputs pro DM BIP in %)		7,5%	3,16%	2,8%

Quelle: Adriaanse et al. 1997

Totaler Materialinput (TMI) der deutschen Wirtschaft



Ergebnis

Aus der Tabelle wird deutlich, daß die Produktion in Deutschland effizienter geworden ist. Sollte sich dieser Trend fortsetzen, ist Deutschland in Bezug auf das Effizienzziel zukunftsfähig.

Allerdings müssen auch hier die Zahlen mit Vorbehalt interpretiert werden:

- Vergleicht man den Stoffeinsatz pro DM BIP mit den absoluten Werten, wird deutlich, daß die Verringerung der Stoffströme aufgrund der Effizienzsteigerung durch die Erhöhung der Produktion abgeschwächt wird. Obwohl sich die Effizienz der Produktion von 1993 auf 1994 um 2,8 Pro-

zent gesteigert hat, ist der Materialinput in absoluten Zahlen gleich geblieben. Dies unterstützt unsere Einschätzung, daß eine reine Effizienzsteigerung nicht notwendigerweise zu einer Verringerung der Umweltbelastung führt. Veränderungen unserer Konsumgewohnheiten müssen mit einer Effizienzsteigerung einhergehen.

- Ein großer Teil der Effizienzsteigerung ist auf die wirtschaftlichen Veränderungen in den Neuen Ländern zurückzuführen.

Indikator für internationale Gerechtigkeit: Import von Ressourcen aus Entwicklungsländern.

Entsprechend dem Gesamtindikator sollten an dieser Stelle die Materialimporte aus Entwicklungsländern - in Ermangelung einer besseren Abgrenzung - stehen. Die Forderung, Materialimporte aus Entwicklungsländern, das heißt in diesem Fall meist Rohstoffimporte, zu reduzieren, ist notwendig, um den Staaten des Südens mittel- und langfristig die Ressourcen zur Verfügung zu stellen, die sie zur Erreichung ihrer sozialen und ökonomischen Zukunftsfähigkeit benötigen, ohne die globale ökologische Zukunftsfähigkeit zu gefährden. Es ergeben sich hier - ähnlich wie bei der Flächenbelegung durch den Norden - jedoch erhebliche Umstellungsschwierigkeiten aufgrund der gegenwärtigen, nicht zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur. Deshalb muß das Ziel sein, Zukunftsfähigkeitskonzepte in Nord und Süd so zu gestalten und umzusetzen, daß sie sich gegenseitig stärken (Stichwort Kohärenz). Die Übergangsprobleme müssen mit Anpassungshilfen überwunden werden, die jedoch erst nach der Entwicklung von Zukunftsfähigkeits-Plänen im Süden und im Norden konkretisiert werden können. Daten zu Materialimporten aus Entwicklungsländern existieren, müssen jedoch gesammelt und analysiert werden. Gleiches gilt für den Indikator „Flächenbelegung für in Deutschland konsumierte landwirtschaftliche Produkte“, für den für das Jahr 1991 Daten vorliegen (Wuppertal Institut, Helmut Schütz, persönliche Auskunft).

3.4 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie und Sozialem

Ziel: gerechte Verteilung des materiellen Wohlstandes und der Anstrengungen zu seiner Erwirtschaftung

Schlüsselindikator: Armuts- und Reichtumsverteilung

Möglicher Unterindikator für internationale Gerechtigkeit: Anteil der Leistungen der sozialen Grunddienste an der ODA im Verhältnis zum BSP

Unterindikator für Geschlechtergerechtigkeit: Einkommen alleinerziehender Mütter

Der Indikator

Wie solidarisch ist die bundesdeutsche Gesellschaft? Wie wird der materielle Wohlstand verteilt? Am augenfälligsten für die Beantwortung dieser Frage - und damit als Indikator geeignet - ist die Betrachtung von Armut und Reichtum in Deutschland.

Als Indikator für die Armutsentwicklung greifen wir auf die von Irene Becker und Richard Hauser im Auftrag der Hans Böckler Stiftung ermittelten Armutsquoten zurück. Diese beziehen sich auf den Anteil der Menschen an der Gesamtbevölkerung, die mit weniger als resp. 40, 50 oder 60 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens auskommen müssen. Die personelle Einkommensverteilung wird dabei auf der Basis eines gewichteten Pro-Kopf-Einkommens ermittelt. Als Grobmaß für die Reichtumsentwicklung nehmen wir - in Ermangelung ausgereifter Konzepte - die Anzahl der Millionäre in Deutschland.

Das Ziel

Ziel ist die Überwindung der Armut in Deutschland. Die Reichtumsentwicklung kann als Kontroll-Indikator verstanden werden: Wir fordern nicht die Enteignung der Millionäre in Deutschland - erhöhen sich aber gleichzeitig Armut und Reichtum in einer Gesellschaft, so sagt dies unseren Erachtens aus, daß

diese Gesellschaft den Zielen der Stärkung des sozialen Zusammenhalts und der Chancengleichheit, der Sicherung des materiellen Wohlstands und der

Verteilungsgerechtigkeit nicht gerecht wird und damit nicht zukunftsfähig ist.

Armutsentwicklung: Armutsquoten bei relativen Armutsgrenzen

(Angaben in % der Gesamtbevölkerung)

		1991	1992	1993	1994	1995
60% Armuts-grenze	West	19,6	20,2	21,1	22,2	21,6
	Ost	10,3	10,9	10,9	13,7	13,9
50% Armuts-grenze	West	10,1	9,6	11	11,5	11,8
	Ost	4,3	6,3	6,3	8,1	8
40% Armuts-grenze	West	4,2	4,1	5,3	5	5,6
	Ost	2,3	2,2	2,8	3,4	2,6

Quelle: Hans Böckler Stiftung, 1997

Die zur Anzahl der Einkommens- und Vermögensmillionäre vorliegenden Daten sind weniger detailliert als die zur Armutsentwicklung. Es liegen lediglich

Daten von 1989 und 1992, bzw. 1993 vor. Die Zahlen für 1989 und 1992 beziehen sich nur auf die Alten Länder, die Zahlen für 1993 sind geschätzt.

Reichtumsentwicklung: Anzahl der Millionäre in Deutschland

(Angaben in Personen)

	1989	1992	1993
Anzahl der Einkommensmillionäre in Deutschland	18.101	24.975	
Anzahl der Vermögensmillionäre in Deutschland	106.010		130.286

Quelle: Statistisches Bundesamt

Ergebnis

In den betrachteten Zeiträumen ist die Reichtumsverteilung in Deutschland ungleicher geworden. Während von 1991 bis 1995 der Anteil der Menschen, die mit weniger als 40, 50 oder 60 Prozent des durchschnittlich verfügbaren Einkommens auskommen müssen, gestiegen ist, hat sich die Zahl der Vermögensmillionäre um 22,9 Prozent erhöht, die der Einkommensmillionäre um 38 Prozent.

Was die Verteilungsgerechtigkeit angeht, ist die gegenwärtige Entwicklung Deutschlands nicht zukunftsfähig.

Indikator für Geschlechtergerechtigkeit

Ergänzen möchten wir diesen Indikator um eine Kennzahl, die darüber Auskunft gibt, wer von Armut besonders betroffen ist: Heribert Engstler hat im Auftrag des BMFSFJ eine Studie „Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik“ erstellt, der die folgenden Zahlen entnommen sind (die Studie verwendet Zahlen von 1995 und bezieht

sich auf Nettoeinkommen von Haushalten - leider lagen uns zum Zeitpunkt der Fertigstellung dieses Berichts keine anderen Zahlen vor).

Nach dieser Studie verfügen 20,6 Prozent aller Haushalte über weniger als 1800 DM netto pro Monat. Betrachtet man jedoch Haushalte von Alleinerziehenden mit Kindern unter 18 Jahren, so sind es sogar 29,1 Prozent dieser Haushalte, die über weniger als 1800 DM netto pro Monat verdienen. Und von den alleinerziehenden Müttern mit Kindern unter 18 verdienen sogar 35 Prozent netto weniger als 1800 DM. Leider werden in der Studie des BMFSFJ keine anderen Jahre untersucht, aber auch aus diesem Beispiel wird deutlich: **unsere Gesellschaft ist mit den Schwachen - bzw. jenen, deren Stärke gesellschaftlich überfordert wird und die so zu „Schwachen“ werden - wenig solidarisch.**

3.5 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie und Sozialem

Ziel: Lebensqualität (Erhalt der Umwelt, Befriedigung materieller Bedürfnisse, Gerechtigkeit)

Schlüsselindikator: Verkehrsaufwand

Möglicher Indikator für Geschlechtergerechtigkeit: Begleitverkehre

Der Indikator

Die Forderung nach einer Reduzierung des Verkehrsaufkommens ist so alt wie die Umweltbewegung. Die derzeitige Entwicklung des Verkehrs konterkariert alle Energieeinspar- und Luftreinhalte-Szenarien, der Verkehrszuwachs (überwiegend in Form zusätzlicher Flug- und Kfz-km) hat bisher alle technischen Verbesserungen überkompensiert. Überdies trägt jedes Auto einen immensen „ökologischen Rucksack“ mit sich herum: Das Material, das zu seiner verbraucht, aber nicht

sichtbar in ihm enthalten ist (z.B. Wasser) entspricht dem 15- bis 20-fachen seines Eigengewichts (Schmidt-Bleek 1994, BUND, Misereor 1996). Soll der Material-, Energie- und Flächenverbrauch spürbar sinken, so bedeutet dies unvermeidlich scharfe Reduktionsanforderungen für den Verkehr und die Autoproduktion.

Das Ziel

Insgesamt sind aufgrund der ökologischen Analyse die qualitativen Ziele eindeutig:

- Reduzierung (ca. um die Hälfte) des Verkehrsaufwands und der Verkehrsintensitäten,
- die Erreichbarkeit täglicher Versorgung ohne Auto.
Dies kann geschehen durch
- Verkehrsvermeidung,
- die Bereitstellung und Wahl der optimalen Verkehrsträger (Schadensminimierung durch Verlagerung),
- die deutliche Steigerung der Öko-Effizienz für alle Transportmittel.

Auch in Bezug auf das wirtschaftliche Ziel läßt sich die Forderung nach einer Verringerung des Verkehrs ableiten: Billiger Verkehr führt zu einer Zerstörung lokaler Versorgungsstrukturen. Was das soziale Ziel des sozialen Zusammenhalts und der Chancengleichheit betrifft, so steht der Forderung nach Bewegungsfreiheit für jede(n) die Forderung nach einer Reduktion des Verkehrszwangs gegenüber: Bewegungsfreiheit ja, zuviel und zu unökologisch unterwegs nein.

Daher fordern wir grundsätzlich eine deutliche Verringerung des Personen- und Güterverkehrs (z.B. um die Hälfte). Dies darf jedoch nicht bedeuten, daß die Bewegungsfreiheit insbesondere der in Bezug auf gesellschaftliche Macht Schwächsten beschränkt wird (siehe Indikator für Geschlechtergerechtigkeit).

Güterverkehr - Verkehrsleistung in Mrd. tkm

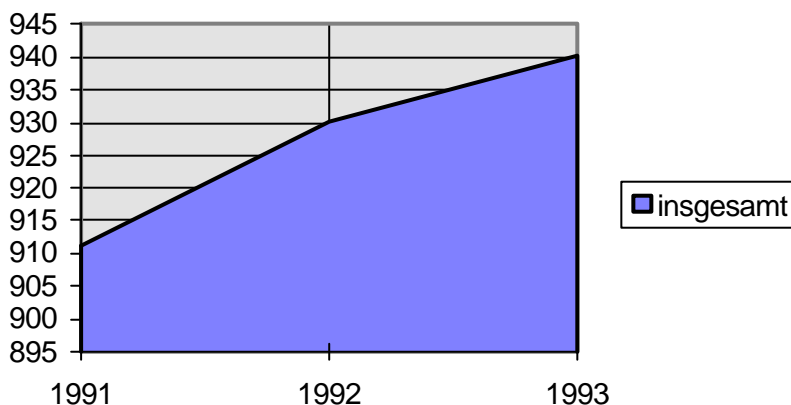
	1991	1992
Binnenländischer Verkehr einschließlich Straßengüter-nahverkehr	355,5	362,6

Die Zahlen für den Güterverkehr zitieren wir unter Vorbehalt, zum einen aufgrund der mangelhaften Zeitreihe, zum anderen weil hier nur der binnenländische Güterverkehr erfaßt wird, nicht aber der Verkehr, der für die deutsche Produktion und den deutschen Konsum im Ausland anfällt.

Personenverkehr - Verkehrsleistung: Personenkilometer in Mrd

	1991	1992	1993
insgesamt	911,3	930,2	940,3
Öffentlicher Verkehr	157,6	158	160,2
Taxi- und Mietwagenverkehr	2,8	2,9	2,9
Motorisierter Individualverkehr	750,9	769,4	777,2

Personenverkehr insgesamt



Ergebnis

Das motorisierte Verkehrsaufkommen sowohl des Güter- wie des Personenverkehrs hat sich in Deutschland erhöht statt verringert. **Auch hier ist die Entwicklung Deutschlands nicht zukunftsfähig**

Indikator für Geschlechtergerechtigkeit

Aus der geschlechterdifferenzierenden Perspektive bietet sich aufgrund der traditionellen geschlechtshierarchischen Arbeits- und Rollenverteilung - Männer kümmern sich deutlich weniger als Frauen um die haushaltliche Versorgung der eigenen Person, der Partnerin oder einer Familie - die Analyse des Verkehrsaufwands im alltäglichen Versorgungssektor an, der immer noch

größtenteils von Frauen bestritten wird. Gerade hier steigen die Verkehrsintensitäten (Entfernung pro Aktivitätszweck) und der Verkehrsaufwand (Belastung von Personen/-gruppen mit Verkehr hinsichtlich erforderlicher werdender Transporte, bzw. Wege), bedingt durch Konzentrationsprozesse: Eine auf den Autoverkehr fixierte Rationalität, die u.a. durch die Externalisierung von Folgekosten und des Folgeverkehrsaufwands gekennzeichnet ist, hat zur Ausdünnung der sozialen und der Versorgungsinfrastruktur geführt: Es wird immer schwieriger, sich ohne Auto in der näheren Umgebung zu versorgen, aber auch - besonders für Kinder und ältere Menschen - immer schwieriger, sich ohne Abhängigkeiten und Begleitung an die gewünschten Orte zu begeben. Es gibt Anhaltspunkte dafür, daß die Notwendigkeit von Begleitverkehren von erheblicher Bedeutung für die Anschaffung von PKW ist. Der Motorisierungsdruck steigt. Wie aber soll der Motorisierungsdruck, der insbesondere Frauen betrifft, erfaßt werden?

Solide Daten zu Begleitverkehrsnotwendigkeiten liegen nur vereinzelt und nicht für die BRD vor (Wuppertal Insitut, Meike Spitzner, persönliche Auskunft). Aufschlußreich wären auch Angaben zu Verkehrsaufwand und Verkehrsintensität der Versorgung für den täglichen Bedarf, aber auch eine solche Kategorie findet sich nicht in den repräsentativen Verkehrsstatistiken⁴.

Als Notbehelf, der aufgrund der Datenlage möglich wäre, kann man betrachten, ob der Anteil der Personen, die sich autofrei z.B. innerhalb einer halben

Stunde, also in einer Distanz von weniger als 2 km, per öffentliche Verkehrsmittel versorgen, steigt oder sinkt (Einkaufsverkehr per ÖPNV unter 2 km). Diese Zahlen sind jedoch mit vielen Vorbehalten behaftet:

- es gibt keine Angaben über den nicht-motorisierten Verkehr, also zu Fuß oder per Fahrrad,
- die Zahlen sind anteilmäßig, aber nicht absolut ausgewiesen,
- der Anteil des Einkaufsverkehrs - dessen Erfassung wie oben dargestellt, schon an sich kritisch ist - am Gesamtverkehr beträgt zwar 20 Prozent der Wege, jedoch lediglich 10 Prozent bezogen auf km,
- im Zusammenhang mit anderen (Versorgungs-) Wegen vollzogene Einkaufswege werden aufgrund einer Hierarchisierung methodisch unsichtbar gemacht, etc. (Vgl. Spitzner/Beik 1996).

Wir verzichten daher darauf, diese Zahlen zu interpretieren, sondern möchten an diesem Beispiel vor allem aufzeigen, wo die Schwierigkeiten bei der Erfassung geschlechterspezifisch aussagekräftiger Daten für zukunftsfähige Entwicklungen liegen.

In diesem Falle ist offensichtlich, daß bei der Erhebung der Verkehrsstatistiken die für Zukunftsfähigkeit relevanten Fragen nicht gestellt wurden und daher keine wirklich aussagekräftigen Daten vorliegen.

⁴ Zwar existiert die Kategorie „Einkaufsverkehr“ in den statistischen Erfassungen der KONTIV (Kontinuierliche Erhebung zum Verkehrsverhalten der Bevölkerung), dies beinhaltet jedoch Shopping-Verkehre (Freizeitbeschäftigung), einen Teil der Versorgungsverkehre (wie Arzt- und Behördengänge), jedoch keine Begleitverkehre (wie das Begleiten von Älteren und Kindern). Die KONTIV wurde bisher 1976, 1982 und 1989 von EMNID, Bielefeld, bzw. Socialdata, München im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums durchgeführt.

3.6 Der Zusammenhang zwischen Ökonomie, Ökologie, Sozialem und Institutionen

Ziel: Zukunftsfähigkeit im Sinne der ausgeführten Zieldefinition (Grundsatzentscheidungen bzgl. der Zukunftsfähigkeit des ökonomischen, ökologischen und sozialen Systems Deutschlands)

Indikator: steuerliche Belastung von Arbeit, Kapital und Naturverbrauch

Unterindikator für internationale Gerechtigkeit: Anteil der öffentlichen Hilfe am BSP

Der Indikator

Das zentrale Lenkungsinstrument zur Beeinflussung von Entscheidungen in Marktwirtschaften, in denen Entscheidungen in erster Linie an den entstehenden Kosten ausgerichtet werden, sind Steuersysteme. Prioritätensetzungen in diesem Bereich schlagen sich gesamtgesellschaftlich nieder. Welches Bild ergibt sich, wenn man vergleicht, wie sich das Steueraufkommen aus Steuern auf Arbeit, Kapital und Naturverbrauch entwickelt hat?

Das Ziel

In der Logik unserer Zielableitung ergibt sich die Forderung nach einer Reduktion der Steuern auf Arbeit, während Kapital und Naturverbrauch relativ stärker belastet werden sollten.

Abgabenzuordnung nach Faktoren für Deutschland

(Angaben in %)

	1990	1993	1996
Naturverbrauch	9	9	8
Kapital	16	11	8
Arbeit (Lohnsteuer + Sozialabgaben)	51	62	67
Neutrale Steuern	24	18	17

Quellen: Jarass 1994, OECD Statistics, Revenues of OECD Member Countries, Paris 1994; Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1994; DIW Arbeitskreis Steuerschätzungen, Steuerschätzung November 1996, Bonn; Deutsche Bundesbank Monatsbericht, Oktober 1996.

Ergebnis

Die festzustellende Entwicklung der anteilmäßigen Steuerbelastung von Arbeit, Kapital und Naturverbrauch verläuft entgegengesetzt zu dem, was wünschenswert wäre: Die Belastung des Produktionsfaktors Arbeit steigt, die Belastung des Produktionsfaktors Kapital sinkt, die Belastung des Naturverbrauchs sinkt.

Kehrt sich dieser Trend nicht um, ist Deutschland nicht zukunftsfähig.

Indikator für Geschlechtergerechtigkeit

Wiederum kann an dieser Stelle nur aufgezeigt werden, was durch die vorliegenden Daten nicht geleistet wird: Da Frauen im Durchschnitt schlechter bezahlt werden als Männer, bzw. in geringerem Maße und geringer entlohnte Erwerbsarbeit leisten, findet die Belastung auf anderen Ebenen statt - ihr Anteil an den Steueraufkommen ist geringer. Daher ist eine Aufteilung in das Steueraufkommen von Frauen vs. dem Steueraufkommen von Männern wenig aussagekräftig.

Indikator für internationale Gerechtigkeit

Wir schlagen den Indikator „Anteil der öffentlichen Hilfe am BSP“ (*Official Development Assistance - ODA*) vor, also den Anteil der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit am BSP, auch wenn an diesem Indikator als Maß für die Qualität der Beziehungen der BRD zu den Entwicklungsländern Kritik geübt werden kann.

Dem wichtigsten Kritikpunkt - wichtiger als unsere „Hilfe“ sind die internationalen Auswirkungen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland - sind wir dadurch begegnet, daß dieser Indikator lediglich einer der zu entwickelnden Indikatoren für internationale Gerechtigkeit ist. Ein weiterer Kritikpunkt - die Höhe der Mittel für Entwicklungszusammenarbeit sagt nicht unbedingt etwas über die Qualität der Verwendung dieser Mittel aus - ist unserer Ansicht nach berechtigt. Insbesondere bei den Exportkrediten ist der Beitrag zur Entwicklung der Entwicklungsländer oft fragwürdig.

Dennoch ist dieser Indikator geeignet, die Prioritätensetzung der Bundesregierung anhand eines von ihr gegebenen Versprechens zu überprüfen. Der Zielwert - 0,7 Prozent - wurde von der Bundesregierung vorgegeben und von Bundeskanzler Helmut Kohl in Rio nochmals bekräftigt.

Anteil der öffentlichen Hilfe am BSP

	1991	1992	1993	1994
ODA/BSP	0,4	0,38	0,36	0,33
ODA in Mio. DM	11.446,70	11.825,80	11.504,60	11.057,30
BSP in Mrd.DM	2.425,50	2.881,80	3.094,50	3.161,50

Quelle: Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit 1996

Betrachtet man die Entwicklung von 1991 bis 1994, so muß man feststellen, daß sich der Anteil der öffentlichen Hilfe am BSP nicht nur nicht 0,7 Prozent angenähert hat, sondern sogar gesunken ist.

Selbst bei dem Indikator, bei dem die Bundesregierung auf dem Weltgipfel ausdrücklich den von uns verwendeten Zielwert bestätigt hat, erweist sich die Bundesrepublik nicht als zukunftsfähig.

4. Abschließende Bewertung

Was hat der Entwurf eines alternativen Sets von Schlüsselindikatoren für die Zukunftsfähigkeit Deutschland gezeigt?

- Die Entwicklung eines systematischen Sets von Schlüsselindikatoren für Zukunftsfähigkeit ist grundsätzlich möglich.
- Schlüsselindikatoren sind ein hilfreiches Instrument, um Vorstellungen von Zukunftsfähigkeit zu konkretisieren, zur Diskussion zu stellen und exemplarisch zu überprüfen.
- Die Datenlage zur Beantwortung der Fragen, die für Zukunftsfähigkeit

relevant sind, ist z.T. lückenhaft. Schlüsselindikatoren helfen, die Fragen zu formulieren, die bisher bei der Datenerhebung übergangen werden.

- Die Überprüfung der Zukunftsfähigkeit Deutschlands anhand der von uns ausgewählten Schlüsselindikatoren bietet kein positives Bild: Bis auf einen der Schlüsselindikatoren (Materialinput) erwies sich die Entwicklung Deutschlands fünf Jahre nach dem Erdgipfel als nicht zukunftsfähig.

Abb.: Tetraeder der Zukunftsfähigkeit:

Schlüsselindikatoren - Werkstattversion / Ergebnisse

Liebe Leserinnen und Leser,

die hier eingefügte Graphik liegt uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Graphik sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

Anhang

Anhang 1: Der Indikatorenkatalog der CSD

Der Indikatorenkatalog der CSD, auf dem der nationale indikatoren-gestützte Bericht der Bundesregierung beruht, wurde aus Indikatorenkatalogen der OECD entwickelt. (Vgl. OECD 1993 und 1994) Während von der OECD lediglich Umweltindikatoren erfaßt werden, beinhaltet der Indikatorenkatalog der CSD ökologische, ökonomische, soziale und institutionelle Indikatoren.

Der Indikatorenkatalog der OECD teilt die erfaßten ökologischen Indikatoren in drei Typen ein:

1. **Pressure** -Indikatoren, welche die auf die Umwelt einwirkenden Dynamiken erfassen,

2. **State**-Indikatoren, welche den Zustand der Umwelt beschreiben und

3. **Response**-Indikatoren, welche die gesellschaftlichen Reaktionen auf die Entwicklung des Umweltzustands erfassen.

Dieses sogenannte PSR-System basiert auf Annahmen über kausale Zusammenhänge zwischen Pressure-, State- und Response-Indikatoren.

Anstelle von Pressure-Indikatoren beinhaltet der Indikatorenkatalog der CSD **Driving Force-Indikatoren (DSR-System)**.

Der Indikatorenkatalog der CSD listet die ausgewählten Indikatoren in diesem System entsprechend den Kapiteln der Agenda 21 auf. Ein Beispiel aus der Kategorie „Soziales“:

Kapitel der Agenda 21	Indikatoren für treibende Kräfte	Indikatoren für den Zustand	Indikatoren für Reaktionen
<ul style="list-style-type: none"> ■ Kapitel 7: Förderung von zukunftsfähiger Siedlungsentwicklung 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Wachstumsrate der städtischen Bevölkerung ■ Pro-Kopf-Verbrauch von fossilem Brennstoff für motorgetriebenen Transport ■ Menschliche und wirtschaftliche Verluste aufgrund von Naturkatastrophen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Prozentanteil der städtischen Bevölkerung ■ Fläche und Bevölkerung von formellen und informellen Siedlungen ■ Bodenfläche pro Person ■ Verhältnis von Hauspreis zu Einkommen 	<ul style="list-style-type: none"> ■ Infrastrukturausgaben pro Kopf

Quelle: UN 1996, eigene Übersetzung

Vor- und Nachteile des Ansatzes

Der Entschluß der CSD, Indikatoren für zukunftsfähige Entwicklungen zu ent-

wickeln und durch Pilotländer auf Praxisrelevanz zu testen, ist ein sehr begrüßenswerter Beitrag zur Konkretisierung von Zukunftsfähigkeit und stößt eine not-

wendige Debatte an. Vorteile des DSR-Ansatzes der CSD sind die Erfassung ökonomischer, ökologischer, sozialer und institutioneller Faktoren, die Entwicklung beeinflussen, sowie das Erfassen einer enormen Datenmenge. Der Katalog ist an spezifische nationale/regionale Gegebenheiten anpaßbar und kann daher als international harmonisierbarer Rahmen für die Indikatoren-diskussion dienen.

Unseres Erachtens muß dieser Ansatz jedoch weiterentwickelt werden, insbesondere die hinter ihm stehende Systematik. Dabei bezieht sich unsere Kritik im wesentlichen auf zwei Punkte:

Die CSD leistet weder allgemeine noch spezifische Zieldefinitionen für die vorgeschlagenen Indikatoren.

Der einzig erkennbare Zielbezug ist die Gliederung der Indikatoren nach den Kapiteln der Agenda 21, der jedoch nicht ausgeführt wird. Insbesondere eine Betrachtung möglicher Konflikte zwischen der ökologischen, ökonomischen, sozialen und institutionellen Kategorie wird vermieden. Die Vermeidung einer klaren Zieldefinition und einer Bewertung der Indikatoren - die ja gerade der Zweck von Indikatoren ist - schlägt sich in der Struktur des Indikatorenkatalogs nieder:

Mit der Übernahme der Grundstruktur des PSR Ansatzes der OECD (mit der Umbenennung der *Pressures in Driving Forces*) übernimmt die CSD auch die logische Struktur dieses Systems, nämlich die kausale Schlußfolgerung von Belastungsfaktoren auf den Zustand und die logische Ableitung von Gegenmaßnahmen. Im Gegensatz zur OECD schließt die CSD diese Schlußfolgerung jedoch explizit aus. Im Katalog der CSD werden die Indikatoren durch das DSR-System in eine Ursachen/Symptome/ Lösungen-

Logik eingeordnet. Die Verwahrung vor einer kausalen Interpretationen im DSR führt jedoch dazu, daß gerade die Dynamik der Entwicklung durch ein solches System nicht erfaßt wird. Der Katalog läßt keinerlei Aussagen darüber zu, ob die *responses* effektive Gegenmaßnahmen darstellen oder ob sie lediglich der Symptombekämpfung dienen. Da Nachhaltigkeitsindikatoren zu Steuerungszwecken eingesetzt werden, ist dies ein schweres Manko. Das DSR-System resultiert in einem Symptombekämpfungsansatz, der für eine präventive Politik ungeeignet und zudem nicht richtungssicher ist.

Der Indikatorenkatalog der CSD ist für eine programmatische Diskussion zu detailliert.

Für Politikgestaltung und administrative Umsetzung sind detaillierte Indikatorenkataloge notwendig. Für die programmatische Diskussion sind solche umfangreiche Kataloge jedoch nicht geeignet, weshalb sie durch Sets von Schlüsselindikatoren ergänzt werden sollten.

Eine Integration der vier Kategorien wird nicht geleistet.

Die Erfassung ökologischer, ökonomischer, sozialer und institutioneller Indikatoren ist zu begrüßen, allerdings sollten sie durch Verknüpfungs- oder Integrationsindikatoren (*interlinkage indicators*) ergänzt werden. Gerade vor dem Hintergrund des Ziels einer nachhaltigen Entwicklung ist die Integration dieser vier Kategorien von Bedeutung. Die Entwicklung und Aufnahme solcher Interlinkage-Indikatoren in das DSR-System wird bereits diskutiert, im aktuellen Indikatorenkatalog der CSD sind sie jedoch noch nicht enthalten. Gerade Indikatoren, die Aufschluß über die Zusammenhänge von Ökologie, Ökonomie, Sozialem und Institutionen geben sind als Schlüsselindikatoren geeignet.

Anhang 2: Zur Bewertungsproblematik

Um Vergleiche zwischen Ist-Zustand und Soll-Zustand zu ermöglichen, müssen Indikatoren bewerten: Hat sich ein Zustand verbessert oder verschlechtert? Die Entwicklung und Anwendung von Indikatoren impliziert also immer Bewertungen. Die Bestimmung des Ziels, die Auswahl, welche empirisch bestimmbaren Merkmale als Indikatoren gewählt werden, die Setzung nicht empirisch bestimmbarer Wichtungsfaktoren sind normative Grundsatzentscheidungen, die letztlich nicht nur wissenschaftlich und pragmatisch begründet werden können, sondern politisch begründet werden müssen.

Auf den folgenden Ebenen fließen Bewertungen in Indikatorensysteme ein:

1. Zieldefinition

Das Ziel entspricht dem Zustand, der erreicht werden soll. Ziele sind nicht empirisch zu bestimmen, sondern werden gesetzt. Sie beruhen auf Werten, auf dem, was Menschen wichtig und wünschenswert erscheint. Ziele können und müssen also politisch diskutiert und verhandelt werden.

Nachhaltigkeitsindikatoren haben eine politikleitende Funktion: sie sollen helfen, die wichtigsten Triebkräfte, die zur Nicht-Nachhaltigkeit einer Gesellschaft führen, zu identifizieren. Daher muß eine klare Definition und Interpretation des Nachhaltigkeitskonzepts erfolgen.

Die Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ des Deutschen Bundestages (1994) definiert zwei Typen von ökologischen Zielen, die jedoch auch auf ökonomische, soziale und institutionelle Ziele übertragbar sind:

Umweltziele sind qualitative oder quantitative umweltpolitische Vorgaben, die auf das Erreichen oder Einhalten einer bestimmten Umweltqualität ausgerichtet sind. Bei der Bestimmung von Umweltzielen fließen neben ökologischen Erfordernissen auch ökonomische und soziale Ziele sowie technische und logistische Aspekte ein. Sie umfassen - orientiert an prioritäten Problembereichen - ein Bündel von Zielen mit festgelegtem Zeitrahmen. ...

Umweltqualitätsziele sind durch Indikatoren operationalisierte Umweltziele. Es handelt sich dabei um quantitative umweltpolitische Vorgaben, die mit Angaben zur zeitlichen und räumlichen Dimension versehen sind.

2. Auswahl geeigneter Indikatoren

Die Auswahl der Indikatoren entspricht der Festlegung von Qualitätszielen im Sinne der Enquete-Kommission: Kriterien, durch die sich das (Ober-)Ziel charakterisieren läßt. So läßt sich das Ziel „soziale Gerechtigkeit“ durch „Verringerung der Armut“ charakterisieren. Dieses Kriterium kann genauer definiert werden: „Reduktion der Anzahl der Menschen, denen monatlich weniger als 50 Prozent des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht“.

Für jeden Indikator muß ein Zielwert festgelegt werden, oder aber in welche Richtung sich der Wert entwickeln soll. Die Festlegung des Zielwerts leitet sich aus der Definition des Oberziels ab.

Auch bei der Auswahl der Indikatoren bestehen Freiheitsgrade: Das Ziel „Soziale Gerechtigkeit“ kann durch „Verringerung der Armut“ charakterisiert werden, aber auch durch andere Kriterien. Ebenso kann die Verringerung der Armut anders definiert werden, etwa durch „Reduktion der Anzahl der Menschen, die weniger als X

Kilokalorien pro Tag verzehren“. Die Wahl der Angaben hängt letztlich sowohl von praktischen wie von theoretischen Überlegungen ab.

Die wichtigste praktische Beschränkung bei der Auswahl von Daten ist in der Regel deren Verfügbarkeit: Einerseits können Schwierigkeiten bei der empirischen Erhebung auftreten, andererseits können bereits erhobene Daten ungeeignet für den Forschungszweck sein. Auch theoretische Überlegungen, die Annahme von Kausalbezügen, sind ausschlaggebend für die Auswahl eines Indikators: Waldschäden können lediglich dann als Indikator für die Luftqualität einer Region genutzt werden, wenn man davon ausgeht, daß Luftverschmutzung die wesentliche Ursache für Waldschäden ist.

Die Auswahl von Indikatoren macht also Aussagen über Kausalzusammenhänge notwendig. Insbesondere dann, wenn Indikatoren für Steuerungszwecke eingesetzt werden sollen, ist es wesentlich, solche Indikatoren zu wählen, die Aussagen bezüglich sozio-ökonomischer Dynamiken und Zielnähe ermöglichen.

Die Fragen, die zur Auswahl geeigneter Indikatoren führen, lauten also: Welches sind die wesentlichen Triebkräfte einer Entwicklung? Welche Daten sind geeignet, als Indikatoren dieser Entwicklung zu dienen?

3. Berechnungsverfahren

Die einfachste Version des Vergleichs von Regionen anhand von Indikatoren, ist das *ranking*: Für jeden Indikator wird eine Liste erstellt, auf der die verschiedenen Länder eingeordnet werden. Ein eigentliches Rechenverfahren ist nicht notwendig, es wird lediglich nach besser/ schlechter sortiert.

Auch die Normierung von Indikatoren ist ein übliches Berechnungsverfahren (wie etwa im HDI). Dies geschieht durch die

Erarbeitung von Indizes, also die gesetzte Quantifizierung der Basisindikatoren anhand von Skalen, üblicherweise von 0 bis 10 oder von 0 bis 100. Ebenso wie bei einer Temperaturskala ist die Wahl des Nullpunktes und der Einheiten zwar nicht beliebig, sondern ebenfalls an bestimmten Kriterien orientiert, jedoch nicht zwingend. Aufgrund der Einordnung der Basisindikatoren können diese dann zusammengefaßt werden. (Bspl.: Deutschland erhält 3 von 10 Punkten für die Qualität der Umweltpolitik, 6 Punkte für die Qualität der Bildungspolitik, 9 Punkte für die Versorgung der Bürger mit lebenswichtigen Gütern und erreicht damit 18 Punkte auf einer Skala von 30 möglichen Punkten).

Oft werden aggregierte Indikatoren entwickelt, die unterschiedliche Entwicklungen in einer Zahl zusammenfassen sollen. Dabei werden als aggregierbar erachtete Daten mit Wichtungsfaktoren multipliziert und anschließend zu neuen Indikatoren aufsummiert, die ihrerseits erneut einem ähnlichen Prozeß unterworfen werden, so daß verschiedene Aggregationsebenen entstehen. Sowohl die Setzung empirisch nicht bestimmbarer Wichtungsfaktoren als auch die Auswahl, welche empirisch bestimmbaren Merkmale zu Indikatoren aggregiert werden, sind normative Entscheidungen, die letztlich nicht nur wissenschaftlich, sondern ebenfalls politisch begründet werden müssen. Mit jeder Aggregationsebene beruht das resultierende Indikatorenset immer weniger auf realen Daten und immer mehr auf den angewandten Verrechnungsverfahren und den dazu nötigen Gewichtungsfaktoren. Dies führt dazu, daß die dahinterstehenden normativen Entscheidungen nur noch mit großem Aufwand nachvollziehbar sind. Die Entwicklung von Indikatorensystemen kann nicht wertfrei sein, die Festlegung von Entscheidungskriterien und die Zieldefinition sollten jedoch explizit und nachvollziehbar erfolgen.

Anhang 3: Überblick über die Realversion

Die folgenden Tabellen nennen stichwortartig Schlüsselindikatoren, deren Ausformulierung (Erhebungsmethode und Datenerhebung) bis 1999 grundsätzlich möglich ist.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Tabellen liegen uns leider nicht in digitaler Form vor. Da wir die pdf-Datei erst Jahre später erstellt haben, können wir sie ihr leider nicht beifügen. Wenn Sie die Tabelle sehen möchten, müssen Sie die Publikation bei uns bestellen.

Literatur

Angesichts der Breite unseres Themas werden hier lediglich die Titel erfaßt, die für den Text benutzt wurden.

Bossel, Hartmut: Deriving Indicators of Sustainable Development 1996
In: Environmental Modeling and Assessment 1 193-218, S.193 - 218.

Brundtland nach
Hauff, Volker (Hrsg.) 1987
Unsere gemeinsame Zukunft. Der Brundtland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung. Frankfurt

BUND/MISEREOR (Hg.) 1996
Zukunftsfähiges Deutschland - Studie des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Basel/Boston/Berlin.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hrsg.) 1996
Bericht der Vierten Weltfrauenkonferenz Beijing, 4.-15. September 1995.
Auszugsweise Übersetzung des Dokuments A/CONF.177/200 vom 17. Oktober 1995, Vorläufige Fassung. Bonn. Darin enthalten: Erklärung von Beijing, S.5 - 9, Aktionsplattform, S.10-165.

CEAT (ed.) 1996
EEA-Roundtable on Sustainability Indicators, Report. Brüssel.

Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit 1997
Das Leitbild nachhaltiger Entwicklung - handlungsleitende Orientierung der GTZ?
Diskussionspapier. Eschborn.

Deutscher Bundestag 1997
Konzept Nachhaltigkeit - Fundamente für die Gesellschaft von morgen.
Zwischenbericht der Enquete-Kommission Schutz des Menschen und der Umwelt - Ziele und Rahmenbedingungen einer Nachhaltig Zukunftsverträglichen Entwicklung des 13. Deutschen Bundestages. Bonn.
Im Hinblick auf die Bedeutung von Institutionen ist hier das Sondervotum von Dr. Joachim Borner, S.168, interessant.

Hinterberger, Friedrich/ Luks, Fred/ Stewen, Marcus 1996.
Ökologische Wirtschaftspolitik. Zwischen Ökodiktatur und Umweltkatastrophe.
Basel/Boston/Berlin.

Hinterberger, Friedrich/ Seifert, Eberhard K. 1996.

Reducing Material Throughput: A Contribution to the Measurement of Dematerialisation and Sustainable Human Development. in: Jan von der Straaten, Andrew Tylecote (eds.) 1996: Environment, Technology and Economic Growth: The Challenge to Sustainable Development. Aldershot: Edward Elgar Publishing.

IG Bau / Wuppertal Institut 1996
Zukunftsfähigkeit und Standortsicherung. Frankfurt.

The New Economics Foundation 1993
A Green League of Nations: relative environmental performance in OECD countries. Working Paper.

OECD 1993
OECD-Core Set of Indicators for Environmental Performance Reviews. A Synthesis Report by the Group on the State of the Environment. Paris.

OECD 1994
Environmental Indicators - OECD Core Set. Paris.

Sachs, Wolfgang 1992
Zur Archäologie der Entwicklungsidee. Frankfurt.

Sachs, Wolfgang 1997
Ecology, Justice, and the End of Development. In: Development 2: 1997 (forthcoming).

Schmidt-Bleek, Friedrich 1994
Wieviel Umwelt braucht der Mensch? Berlin.

Spangenberg, Joachim H. (Hrsg.) 1995
Towards Sustainable Europe. A Study from the Wuppertal Institute for Friends of the Earth Europe. Wuppertal. (Dt. Zusammenfassung als Wuppertal Paper 42, Wuppertal 1996)

Spangenberg, Joachim H. 1996
Welche Indikatoren braucht eine nachhaltige Entwicklung? In Köhn, Jörg/ Welfens, Maria Jolanta: Neue Ansätze in der Umweltökonomie. Marburg.

Spitzner, Meike und Ute Beik 1996
Reproduktionsarbeitsmobilität. Ein an Geschlechtergerechtigkeit orientierter Forschungsansatz zu nachhaltiger Mobilität in Stadtregionen und Beitrag zur Entwicklung von Konzepten zur Nachhaltigkeit. In: Forschungsverbund ökologisch verträgliche Mobilität (Hrsg.). Bericht Nr. 1: Rahmenbedingungen von Mobilität in Stadtregionen. Bericht des Verbundforschungsprojektes „Ökologisch verträgliche Mobilität“ im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Förderschwerpunkt „Ökologische Forschung in Stadtregionen und Industrielandschaften (Stadtökologie)“. Wuppertal.

United Nations 1996
Indicators of Sustainable Development - Framework and Methodologies. New York.

Statistisches Material

Adriaanse, Albert; Bringezu, Stefan; Hammond, Allen; Moriguchi, Yuichi; Rodenburg, Eric; Rogich, Donald; Schütz, Helmut 1997:
Resource Flows: The Material Basis of Industrial Economics. Washington, Wuppertal, The Hague, Tsukuba.

Bach, Hans-Uwe/ Kohler, Hans/ Leikeb, Hanspeter/ Magvas, Emil/ Spitznagel, Eugen 1996
Der Arbeitsmarkt 1995 und 1996 in der Bundesrepublik Deutschland. In: Mitteilungen aus der Arbeitsmark- und Berufsforschung 1/96, S.5-35.

Hans Böckler Stiftung 1996
Neue Wege zur Beschäftigung. Innovative Ansätze zur Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit. Düsseldorf.

Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1996
Zeit im Blickfeld. Ergebnisse einer repräsentativen Zeitbudgeterhebung. Stuttgart/Berlin/Köln.

Bundesministerium für Verkehr (Hrsg.) 1995
Verkehr in Zahlen 1995. Bonn.

Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit 1996
Journalisten-Handbuch Entwicklungspolitik 1996.

Engstler, Heribert 1997
Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik. (Im Auftrag des BMFSFJ). Bonn.

Eurostat 1996
Eurostat Jahrbuch '96- Europa im Blick der Statistik 1985 - 1995. Luxemburg 1996.

Forum Umwelt & Entwicklung/AG Biologische Vielfalt 1997
5 Jahre nach dem Erdgipfel - Bilanz und Perspektiven/Biologische Vielfalt. Bonn.

Görres, Anselm/ Ehringhaus, Henner/ Weizsäcker, Ernst U. von 1994
Der Weg zur Ökologischen Steuerreform. München.

Länderarbeitsgemeinschaft für Naturschutz, Landschaftspflege und Erholung 1991
Lübecker Grundsätze des Naturschutzes. Lübeck.

Statistisches Bundesamt 1996
Statistisches Jahrbuch 1996. Stuttgart.

Das Forum Umwelt & Entwicklung

Ein halbes Jahr nach Rio, am 16. Dezember 1992, gründeten 35 Verbände das Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen. Dieser Zusammenschluß zu einer Arbeitsplattform hat folgende Ziele:

- Rio ernst zu nehmen und gemeinsam das Machbare zu versuchen, um weltweit zum Abbau von Armut und zum Schutz der Schöpfung beizutragen,
- national und international darauf zu drängen, daß die Beschlüsse von Rio, insbesondere die Agenda 21, umgesetzt werden,
- in Arbeitsgruppen Standpunkte zu Themen zu erarbeiten, die nach Rio weiter verfolgt werden müssen,
- bestimmte Bereiche der Informations- und Bildungsarbeit zu koordinieren,
- Regierung und Parlament durch gemeinsames Auftreten inhaltlich herauszufordern,
- für internationale Kontakte als deutscher Partner zur Verfügung zu stehen,
- die Beteiligungsmöglichkeiten für Nichtregierungsorganisationen in den Gremien des Rio-Folgeprozesses wahrzunehmen.

Das Forum Umwelt & Entwicklung trifft sich als Plenum zweimal pro Jahr und berät die jeweils nächsten Schritte der Zusammenarbeit. Die Koordination und Information nach innen und außen übernimmt die Projektstelle Umwelt & Entwicklung.

Die Arbeitsgruppen

Der Zweck des Forums Umwelt & Entwicklung ist, gemeinsame Standpunkte und damit Strategien zu erarbeiten, um politisch neue Maßstäbe setzen zu können. Daher wurden bisher elf Arbeitsgruppen mit je einem Schwerpunktthema gebildet. Jede am Forum Umwelt & Entwicklung beteiligte Organisation kann in diesen Arbeitsgruppen mitarbeiten:

- Biologische Vielfalt
- Desertifikation
- Frauen
- Handel
- Jugend
- Klima
- Lebensweise
- Nachhaltige Entwicklung
- Nachhaltige Landwirtschaft
- Stadt- und Regionalentwicklung
- Wälder

Da die Arbeitsgruppen mit ihrer interdisziplinären Besetzung viel Sachverstand konzentrieren, finden sie zunehmend Beachtung bei Fachjournalisten, Ministerien und Institutionen. Die von ihnen erstellten Analysen und Empfehlungen gelangen in Zusammenarbeit mit der Projektstelle an die Öffentlichkeit.

Die Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung

Die Projektstelle ist Sprachrohr und Koordinationsinstrument des Forums Umwelt & Entwicklung und Umschlagplatz gemeinsam erarbeiteter Positionen der beteiligten Verbände. Sie unterhält Kontakte zu Organisationen aus Entwicklungsländern und stimmt sich mit internationalen Verbänden für gemeinsame Aktivitäten ab. Sie begleitet auf UN-Ebene die nach Rio weiterlaufenden internationalen Arbeiten zu Umwelt und Entwicklung. Eine ihrer Hauptaufgaben ist es, der deutschen Öffentlichkeit den Zusammenhang zwischen Umwelt und Entwicklung zu verdeutlichen und für eine Änderung der verschwenderischen Wirtschafts- und Lebensweise in den industrialisierten Ländern einzutreten, die natürliche Lebensgrundlagen zerstört und Millionen Menschen, insbesondere in Ländern des Südens, ihrer Lebenschancen beraubt.

Die Arbeit der Projektstelle wird definiert von einem Leitungskreis, der sich zusammensetzt aus VertreterInnen von je vier Umwelt- und Entwicklungsorganisationen, einer Vertreterin der Frauenverbände und einer/m Vertreter/in der Jugendverbände. Der Leitungskreis repräsentiert die Standpunkte und Forderungen des Forums Umwelt & Entwicklung gegenüber Regierungsinstitutionen und der Öffentlichkeit. Die Projektstelle wird vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert, Anstellungsträger ist der Deutsche Naturschutzring e.V. (DNR).

Beteiligte Verbände im Forum Umwelt & Entwicklung

AgrarBündnis • Arbeitsgemeinschaft Kirchlicher Entwicklungsdienste (AGKED) • Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz • AT-Verband • Brot für die Welt • BUKO • Bund der Deutschen Katholischen Jugend • BUND-Jugend • Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) • Deutsche Welthungerhilfe • Deutsches IDNDR-Komitee für Katastrophenvorbeugung • Deutsches Institut für tropische und subtropische Landwirtschaft (DITSL) • Deutscher Naturschutzring (DNR) • Deutscher Tierschutzbund • Deutscher Volkshochschulverband • Eine Welt Jugendnetzwerk • Evangelische Kirche Deutschland • FIAN • Frieden mit der Erde • Germanwatch • Grüne Liga • Heinrich-Böll-Stiftung • Infoe • Kinder-nothilfe • Misereor • Naturschutzbund Deutschland (NABU) • Naturschutzjugend • NEPAL • NRO-Frauenforum • Ökolöwe • Oro Verde • Regenwaldforum • Senior Expert Service • Stiftung Entwicklung und Frieden • Südwind • Terre des Hommes • Urgewald • Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) • WEED • World Wide Fund for Nature Deutschland • und weitere Verbände.

Weitere Informationen über das Forum Umwelt & Entwicklung deutscher Nichtregierungsorganisationen erhalten Sie beim:

Forum Umwelt & Entwicklung

Am Michaelshof 8-10

D - 53177 Bonn

Telefon: 0228-359704

Fax: 0228-359096

E-mail: dnr@oln.comlink.apc.org

Internet: <http://www.oneworldweb.de/forum>

Fünf Jahre nach dem Erdgipfel

Publikationen des Forums Umwelt & Entwicklung

Fünf Jahre nach dem Erdgipfel - Bilanz und Perspektiven.

In dieser Reihe erscheinen sechs Veröffentlichungen

- Umwelt und Entwicklung - Eine Bilanz**
- Klimapolitik**
- Schutz der Wälder**
- Biologische Vielfalt**
- Finanzierung von Umwelt und Entwicklung**
- Wie zukunftsfähig ist Deutschland? - Entwurf eines alternativen Indikatorensystems**

Alle genannten Veröffentlichungen können kostenlos bezogen werden über das

Forum Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8 - 10
53177 Bonn
Fax: 0228-359096